

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 11. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Nonpareille 80 Pfennig, Kleingeld 2 Reichsmark, kleine Anzeigen das fertige Wort 20 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Zentrum für Republikerschutz.

Einstimmiger Beschluß für Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums besaßte sich am Dienstag mit der Frage, ob das Gesetz zum Schutz der Republik, dessen Geltungsdauer am 21. Juni abläuft, als Ganzes zu verlängern ist oder ob es genügt, einzelne seiner Paragraphen aufrecht zu erhalten.

Bei den Deutschnationalen herrscht zurzeit noch keine Neigung dieser Forderung des Zentrums nachzukommen, was nach den bekannnten Bekenntnissen Westarps, Everlings u. a. zur Monarchie nicht Wunder nehmen kann.

Das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer bedarf zu seiner Verabschiedung der Zweidrittelmehrheit, über die die Regierungsparteien für sich allein nicht verfügen.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien wird sich am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart des deutschnationalen Reichsinnenministers mit der Verlängerung des Republikchutzgesetzes befassen.

Verhandlungen teil die Abgeordneten Graf Westarp, v. Guérard, Leicht und Dr. Schalz.

Das neue Zensurgebiet im Reichstag.

Die Kulturreaktion hat es sehr eilig, ihre Ernte in die Scheuern zu bringen. Das Gesetz zur angeblichen Bekämpfung von Schund und Schmutz ist schon vor einiger Zeit mit Eilzugstempo durch die Reichstagsberatungen durchgejagt worden.

Der Gesetzentwurf hat, ganz ähnlich wie das Rüssche Schmutz- und Schundgesetz sein Gesicht im Laufe seiner Entstehung ganz wesentlich verändert. An sich überhaupt nicht notwendig, sollte er in seiner anfänglichen Form lediglich einen Schutz der Jugend auf Rummelpfätzen und bei ähnlichen Veranstaltungen schaffen.

Es muß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden, dem Entwurf, gegen den bis in die Kreise der Volkspartei, ja selbst der Deutschnationalen hinein lebhaftes Bedenken geltend gemacht werden, mindestens noch die schlimmsten Giftzähne auszubrechen.

Erlebnisse in Bulgarien.

Das Regime Djaptschew.

Von Kurt Rosenfeld.

Die furchtbaren Urteile bulgarischer Gerichte gegen Kommunisten haben schon lange in allen Kulturstaaten die lebhaftesten Proteste ausgelöst. Die Sozialdemokratische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund besonders haben gegen diese Justiz energisch Widerspruch erhoben.

Eine am 3. Mai beginnende neue Serie von Kommunistenprozessen veranlaßte bulgarische Freunde der Angeklagten, den Genossen Oswald Richter, Wien und mich aufzufordern, nach Bulgarien zu fahren, um als Rechtsanwältin den Prozeßverhandlungen beizumohnen.

Auf Grund dieses mit vorstehenden Worten erschoßend dargestellten Tatbestandes schritt die Polizei von Sofia gegen uns ein. Wir wurden in unserem Hotel festgenommen, voneinander und von der Außenwelt völlig abgesperrt und einer geradezu schimpflichen Behandlung ausgesetzt.

Vier Stunden währte unsere Behandlung, bis als Retter ein Vertreter des deutschen Gesandten erschien und dem ganzen Spuk ein Ende machte. Man begnügte sich dann damit, uns zu eröffnen, daß wir mit dem nächsten Zuge Sofia und Bulgarien zu verlassen hätten.

Warum alles das? Lediglich weil die bulgarische Regierung Angst hatte, daß durch uns die Wahrheit über die Zustände in Bulgarien nach Europa gemeldet werden könnte. Wie schlimm muß es um die bulgarische Justiz bestellt sein, wenn die Regierung wahrheitsgemäße Berichte über „öffentlich“ geführte Prozesse so sehr fürchtet, daß sie zu solchen gänzlich unbegründeten Maßnahmen gegen uns ihre Zuflucht nahm!

Um uns durch die Geldsumme zu diskreditieren, die man bei uns fand, wurde freierfunden, daß ich gestanden hätte, das Geld zur Verteilung unter die bulgarischen Kommunisten zu verwenden.

Niederländische Kolonialgreuel.

12 Tote, 25 Verwundete auf Java.

Amsterdam, 10. Mai. (Eigener Bericht.) In Indonesien tritt in der javanischen Bewegung auch die Kuomintangbewegung immer mehr auf. Das ist erklärlich, da im niederländischen Teile des Archipels fast eine Million Chinesen wohnen.

Die Behandlung der Eingeborenen in Niederländisch-Indien gehört zu den abscheulichsten Kapiteln der kolonialen Unterdrückungspolitik der Neuzeit. Die als „kommunistisch“ bezeichneten Zustände, die kürzlich auf Java und Sumatra ausgebrochen sind und erst nach langen Kämpfen unterdrückt wurden, waren fast ausschließlich die Folge einer unmenschlichen Ausbeutung und Behandlung der Eingeborenen durch die holländischen Behörden und Kolonisten.

Die holländische Kolonialpolizei, die jetzt auch gegen die chinesischen Kulis in so brutaler Weise vorgegangen ist, steht unter Führung weißer Offiziere, die durch das tropische Kolonialleben verzerrt sind, und besteht hauptsächlich aus solchen Farbigen, deren rassenmäßige und religiöse Vorurteile gegen die anderen Bevölkerungsteile geschickt ausgenutzt werden.

Es ist ein großer Mangel des gegenwärtigen Völkerbundes, daß er nur für die Kontrolle der Zustände in den ausdrücklichen Mandatsgebieten zuständig ist und nicht für die übrigen Kolonien. Der zweite Vorsitzende der ständigen Mandatskommission in Genf ist ein ehemaliger holländischer Kolonialbeamter, van Rees, dessen Objektivität gefährdet wird und der sich tatsächlich schon mehrfach in sichtbar Weise bemüht hat — auch gegen den Widerstand der führenden

Mandatsmächte —, die Rechte der Mandatsvölker in Schutz zu nehmen. Offenbar weiß er aus eigener Erfahrung, wie sehr die Kolonialvölker schutzbedürftig sind.

Verhält sich die Welt hingegen weiter passiv gegenüber diesen blutigen Unterdrückungsmethoden, dann macht sie sich nicht nur einer beispiellosen Heuchelei schuldig, sondern sie läuft auch Gefahr, daß die revolutionäre Bewegung in diesen fernen asiatischen und afrikanischen Ländern in ein allgemeines blutiges Chaos ausartet. Nur die verspätete Erkenntnis dieser Entwicklung hat die Ereignisse in China eine so ungeheure und für alle Beteiligten so gefährliche Ausdehnung annehmen lassen.

Neue Unterredung Dr. Rieths mit Briand.

Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Gesandtsrat Dr. Rieth hat am Dienstag einen neuen Besuch bei Briand abgestattet. Dem amtlichen Kommuniqué zufolge wurden „laufende Angelegenheiten“ besprochen.

Die Aussichten auf Erzielung einer derartigen Herabsetzung werden hier nach wie vor nicht sehr günstig beurteilt; selbst wenn Briand, an dessen gutem Willen nicht zu zweifeln ist, bereit wäre, den deutschen Wünschen entgegenzukommen, ist man überzeugt, daß er auf schärfsten Widerstand im Kabinett stoßen würde.

munisten mitgenommen zu haben; wurde behauptet, natürlich ohne jeden Anhaltspunkt, daß wir — wir Sozialdemokraten! — „kommunistische Emissäre“ seien und die „Hugenberg“-Presse hatte nichts Eiligeres zu tun, als diesen plumpen Schwindel weiterzugeben und noch durch eigene Zutaten zu vergrößern.

Um zu demonstrieren, daß wir in unserer Bewegungsfreiheit nicht im geringsten beschränkt worden seien, wurde erklagt, daß ich z. B. mit einem Kommunisten Stefanoff in Sofia eine Besprechung gehabt hätte, während dieser sich überhaupt nicht in Bulgarien aufhält.

Um unsere angemessene Behandlung zu erweisen, wurde erfunden, daß ich eine Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Djaptschew gehabt hätte, den ich in Wahrheit nicht einmal zu Gesicht bekommen habe.

Um meine lokale Vernehmung zu demonstrieren, wurde behauptet, daß meine Vernehmung in Anwesenheit eines Beamten der Deutschen Gesandtschaft stattgefunden habe, obgleich dieser in Wahrheit erst nach Beendigung meiner Vernehmung erschien und auch nur infolge eines Zufalls, durch den der deutsche Gesandte von dem polizeilichen Vorgehen gegen uns Kenntnis bekommen hatte und obgleich mir die Benachrichtigung der Deutschen Gesandtschaft ausdrücklich verweigert worden war.

Gewiß sind unsere Erlebnisse in Bulgarien an sich nicht weckerhütternd. Gewiß sind die gegen uns getroffenen Maßnahmen mit den Taten des bulgarischen Schreckensregiments gegen bulgarische Sozialisten und Kommunisten nicht vergleichbar. Man kann sich aber ein Bild von der jetzt in Bulgarien herrschenden Regierung machen, wenn man sich vor Augen hält, wie unter diesem Regime ausländische Rechtsanwälte behandelt wurden, die nicht im entferntesten gegen ein bulgarisches Gesetz verstießen und lediglich an einer öffentlichen Gerichtsverhandlung als Zuschauer teilgenommen hatten. Zugleich erweisen die Schwindelnachrichten der bulgarischen Regierung, wie sie lügen kann.

Offenbar diktierte die blasse Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen der bulgarischen Regierung die Aktionen gegen uns wie die Terrorakte überhaupt, die in Bulgarien täglich gegen sozialistische und kommunistische Arbeiter verübt werden. Daß in diesem Prozeß, an dem wir teilgenommen hatten, von drei Angeklagten zwei freigesprochen worden sind, ein für bulgarische Verhältnisse sehr günstiges Urteil, kann natürlich an der Beurteilung der bulgarischen Verhältnisse nichts ändern.

Zugleich spielte die Furcht vor den unmittelbar bevorstehenden Wahlen eine große Rolle. Angesichts der überall im Lande hervortretenden oppositionellen Stimmung, insbesondere der Bauernschaft, hat sich der Regierung und der Polizei eine nervöse Unruhe bemächtigt. Wir möchten deshalb wünschen, daß es dem wirtschaftlich und politisch schwer bedrückten bulgarischen Volk trotz allen Terrors der jetzt amtierenden Regierung gelingt, bei den Wahlen die Ketten zu zerbrechen, unter denen es schmachtet.

Wahlterror gegen die Oppositionsparteien.

Sofia, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die bevorstehenden Neuwahlen zur Soborane dürften unter einem allgemeinen Chaos vor sich gehen. Die Oppositionsparteien haben den eigentlichen Wahlkampf noch nicht eröffnen können, da ihre weiteren und engeren Koalitionsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Mit dem Beginn ihrer eigentlichen Agitation ist kaum vor dem 12. Mai zu rechnen, so daß also gerade zwei Wochen für die Wahlpropaganda verbleiben. Die Sondierungen der Oppositionsführer haben bisher nur zu dem Bloß der Demokraten mit Liberalen um Koerscheff, Bauernpartei um Tomoff und einem Flügel der Radikalen geführt und schließlich noch den Bloß der Sozialisten mit Bauern um Markoff und Kleinhandwerker hervorgerufen.

Die Regierungspartei hat es durch die schnelle und unerwartete Festlegung des Wahltermins verstanden, sich einen weiteren Vorteil zu sichern. Für sie ist die Lage eine sehr

günstige, da sie den Wahlapparat unbeschränkt in Händen und ihren „Kampf“ bereits mit Gewalttätigkeiten und Terror eröffnet hat. Wie der sozialdemokratische „Korob“ meldet, haben zahlreiche Kreisvorsteher der Bezirks- und Gemeindeverwaltungen angewiesen, die Agitation der Oppositionsparteien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. In verschiedenen Städten wurden linksgerichtete Wahlredner bereits verhaftet und ausgewiesen. Was sich aber in den Dörfern abspielen wird, wo die Polizei und die „unverantwortlichen Faktoren“ unbeschränkte Herrschaft haben, wird in vielen Fällen gar nicht zu Ohren der Öffentlichkeit kommen. „Korob“ verlangt daher von dem Ministerpräsidenten den unverzüglichen öffentlichen Befehl an alle administrativen Behörden, vollste Wahlfreiheit zu garantieren und jeden Verstoß gerichtlicher Verfolgung zu übergeben. Djaptschew hat sich bis heute über diese Forderung ausgeschwiegen. Er glaubt also, daß ein blutiger Wahlkampf seine Regierung sichern und garantieren wird.

Stiefkind und Stiefvater.

Das benachteiligte Ostpreußen. — Die Politik des Herrn v. Wühl.

Immer zahlreicher werden die Proteste aus Ostpreußen gegen die Verkürzung der Mittel für die bedrückte Ostmark, wie sie eine falsche Finanzpolitik gemollt hat. So hat die „Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftlichen Verbände von Marienwerder und Umgebung“ an den preußischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

„Die dem Vernehmen nach im Grenzprogramm 1927 für Ostpreußen vorgesehene Summe von 2½ Millionen ist bei weitem unzureichend und erregt lebhafteste Erbitterung. Wirtschaftliche Widerstandskraft wird erlahmen, wenn nicht im Vergleich zu Bayern gerechte Erhöhung des Betrages erfolgt. Verlust unseres gesamten südlichen und westlichen Absatzgebietes bei 5 Kilometer eiserner Weichselgrenze sowie des Weichselhafens Kursbruch kennzeichnen die weitere schwierige Wirtschaftslage Ostpreußens gegenüber Landesteilen mit unveränderter Grenze. Ausreichende Nothilfe wird dringend gefordert.“

Ferner hat der Hauptvorsteher des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins in Insterburg“ an den preußischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Die letzten Zeitungsnachrichten, nach denen aus den Mitteln des Grenzprogramms 1927/28 der Provinz Ostpreußen nur ein verschwindend geringer Betrag zur Verfügung gestellt werden soll, haben unter den Landwirten des Regierungsbezirks Gumbinnen die größte Empörung hervorgerufen. Gegen diese Absicht erhebe ich im Namen der Landwirtschaft des Regierungsbezirks Gumbinnen ganz entschiedenen Einspruch. Mit der Verwirklichung dieses Vorhabens würden sämtliche Zusicherungen der verschiedensten Reichs- und preußischen Staatsminister, welche die besondere Lage Ostpreußens in ihren Reden stets betont haben, gebrochen werden. In der ostpreußischen Bevölkerung würde sich dann trotz aller Worte des Bewußtseins einmischen, daß Ostpreußen als Stiefkind des Reiches betrachtet wird. Wir erwarten, daß die Reichsregierung die seinerzeit gemachten Versicherungen nun auch trotz aller Widersprüche einlöst.“

Die berechtigte Erregung, die aus diesen Protesten spricht, hätte vermieden werden können, wenn Ostpreußens Vertreter im Reichsrat den Bedenken des Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun entgegen und gegen die willkürliche Bevorzugung der süddeutschen Staaten auf Kosten anderer Landesteile Einspruch erhoben hätte. Das war nicht der Fall. Freiherr v. Wühl, ein auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen stehender, bei Wutschplänen wiederholt als Ministerkandidat genannter Politiker hat, wie sich jetzt mit aller Deutlichkeit herausstellte, die Interessen des von ihm vertretenen Landesteils den parteipolitischen Interessen der Freunde des Rechtsblocks geopfert. Alle Proteste, die jetzt aus Ostpreußen gegen die Benachteiligung

dieses Landes laut werden, sind also zugleich eine vernichtende Kritik an der Tätigkeit dieses Mannes, der sich sonst gern als „Retter Deutschlands“ ausgiebt und nicht einmal in der Lage ist, die berechtigten Wünsche seiner Provinz im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wahrzunehmen.

Simultane Volksschullehrerbildung.

Die vierte Pädagogische Akademie eröffnet. — Die Sabotage der Kirche.

In Preußen ist die Sozialdemokratie mit der Forderung der Universitätsausbildung für die Ausbildung der Volksschullehrer nicht durchgedrungen. Statt dessen sind „Pädagogische Akademien“ beschlossene worden. Die Sozialdemokratie verlangte, daß jeder künftige Volksschullehrer ohne Rücksicht auf seine Religion oder Weltanschauung zu ihnen Zugang habe. Auch die hierauf zielenden Anträge wurden von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Gegen die Sozialdemokratie wurden drei konfessionelle Akademien eingerichtet, eine katholische in Bonn und zwei evangelische in Kiel und Elbing. Diese sind im Mai vorigen Jahres eröffnet worden. Jetzt, ein Jahr später, folgte die Eröffnung einer simulantenen Akademie in Frankfurt a. M. Diese ist mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, Demokraten und Volksparteiler beschlossene worden. Ihre Eröffnung hat sich so verzögert, weil das Zentrum die Verfassungsmäßigkeit dieser Simultanakademie bezweifelte und diese erst vom Reichsgericht bestätigt werden mußte.

Die katholische Kirche sabotiert jedoch die Simultanakademie mit ihrer gemeinschaftlichen, interkonfessionellen Lehrerausbildung nach wie vor. Obschon sie in Baden und Hessen sich mit der herkömmlichen simultanen Lehrerausbildung abfindet, hält sie es in Preußen für eine unerträgliche Belastung der Gewissen, wenn auch nur ein Teil zukünftiger katholischer Volksschullehrer in christlichem, statt in katholischem Geiste ausgebildet wird. Der Kampf des Episkopats gegen die verfassungsmäßige Simultanakademie geht noch immer weiter. Die Bischöfe von Fulda und Limburg haben in ihren Sprengeln unter anderem einen Hirtenbrief verlesen lassen, in dem die Säge vorzukommen:

„Kein Priester wird zur Uebernahme des Lehramts in der katholischen Religion die erforderliche Sendung erhalten. Es wird deshalb nicht möglich sein, an der Frankfurter Simultanen Akademie sich die Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichts zu erwerben. Ein Lehrer aber, der diese Befähigung nicht besitzt, kann nach unseren Grundsätzen für die Ausübung des Lehramtes an katholischen Kindern nicht in Frage kommen.“

Auch die kirchlichen Blätter werden dazu benutzt, um junge, lehrer-eifrige Katholiken von der Anfertigung an andersgläubige Christen fernzuhalten. Die systematische Aushungerung der Akademie durch die katholische Kirche hat denn auch den Erfolg gehabt, daß sich bisher nur zehn Katholiken zur Aufnahme gemeldet haben.

Die gestrige Eröffnung der Akademie stand so unter dem Zeichen der Defensivität des Staates gegen die Kirche. Es war nur eine Selbstverständlichkeit, daß der Minister Prof. Weder erklärte: „Die katholischen Akademiestudien werden vom Staat genau so behandelt wie die evangelischen.“ Das schließt das Versprechen an die katholischen, sich gegen den bischöflichen Gewissenszwang auflehrenden Akademiestudien ein, daß sie ohne Rücksicht auf kirchliche Ein- und Einsprüche in den Staatsdienst aufgenommen werden. „Auch in Zukunft werden alle Schuljungen unter Aufsicht des Staates stehen. Eine Wiederkehr der alten Kirchenschule ist unter allen Umständen ausgeschlossen.“

Mit unendlicher Fähigkeit, vor Gericht, durch das Parlament und von der Kanzel herab, vertritt die katholische Kirche ihr Ziel, die Lehrerbildung zu konfessionalisieren und zu beherrschen. Demgegenüber bleibt die sozialistische Forderung bestehen: Lehrerbildung nicht mit Rücksicht auf Konfession oder Weltanschauung, sondern nach pädagogischen weltlichen Grundsätzen.

Nichteuropäer gegen Panuropa. In Budapest haben schon zum zweitenmal rechtsextreme Studenten Versammlungen der Paneuropäischen Union gewalttätig auseinandergetrieben.

Platz gemacht.

Von Fritz Müller, Parteilichen.

Im Südfriedhof haben sie eine Frau begraben. Ich war dabei. Der Geistliche sprach das übliche, ein Verwandter sprach das übliche, die Parfümende vom Hausfrauenverband sprach das übliche.

Als der Gatte schon die erste Schaufel Erde hob und sie, einen Augenblick lang zögernd, überm offenen Grab hielt, redete sich ein Fremder, tat zwei lange spinnendbeinige Schritte den Erdbügel hinauf, sah ruhig in hundert ertaunte Trauergesichter und sagte ganz unfehlbar, wie nebenbei: „Was da über sie gesprochen wurde, ist nicht wichtig. Wesentlicher ist: Sie machte Platz.“

Hier klatschte ihm die platte Keugler von hundert Trauergästen so auf den Mund, daß er ihn rasch schloß, den Kopf senkte, mit den gleichen zwei langen Schritten den Erdbügel wieder herabstotterte und sich bescheiden nochmals in die Reihe stellte.

Der Gatte aber hielt die Schaufel Erde immer noch in Schwere überm Sarge drunten.

Es war peinlich.

Der Geistliche gab sich einen Ruck. Er gab sich nicht oft einen Ruck. Bei durchschnittlich drei Leichenbegängnissen im Tag bleibt kein Platz dafür.

Er sah die Fremden mit der einen Hand am Kermel, mit der anderen wies er in die Tiefe: „Glauben Sie, die Tote da empfand Freude über einen angefangenen Sarg am Ende ihres Lebens — vollenden Sie, was ihm zugrunde liegt.“

Und er zog den Fremden wieder hügelauwärts, indes die erste Scholle Erde immer noch in Schwere blieb.

„Zugrunde liegt?“ wiederholte der Fremde langsam, „zugrunde liegt ein Nachtgebet. Ich war damals Gast bei ihren Eltern. Ich kam abends an. Sie lag schon im Kinderbettchen. Sie sprach folgendem einen eingetrennten alten Spruch:

Abends, wenn ich schlafen geh',
Vierzehn Engel um mich stehn,
Zwei zur Rechten, zwei zur Linken,
Zwei zu Häupten, zwei zu Füßen,
Zwei die mich decken,
Zwei die mich wecken,
Zwei die mich weisen
Zu den himmlischen Paradiesen.

Hier zeigte der Fremde wieder Reigung, abzubrechen. Aber da statt Reugier ein erinnernd Nicken in der Richtung nach der eigenen Kinderzeit und ihren lebenden frommen Sprüchen bei den Trauergästen sich zu spiegeln schien, hub er wieder an:

„Am anderen Tage, arg früh, ging ich wieder fort. Auf der Schwelle blieb ich stehen: „Ich möchte sie noch einmal sehn.“ Sie klutten leise mir die Lüre auf. Da lag sie schlafend. Auf dem äußersten Riffenacker. Die ganze andere Fläche glatt und frei. Sie mußte so die ganze Nacht gelegen haben. Ich wollte gehen,

Da hatte sie die großen Augen aufgeschlagen. Sie schaute auf die unberührte Riffenfläche: „Hast du auch darauf gelegen mit den — mit den vierzehn?“

„Mit welchen vierzehn?“

„Mit den vierzehn Engeln.“

„Ach so, die von deinem Nachtgebet — wie hat's doch angefangen?“

„Abends wenn ich schlafen geh', vierzehn Engel um mich stehn — ich kann sie doch nicht die ganze Nacht stehen lassen, weiß du, da hab' ich ihnen Platz gemacht.“

Der Fremde schwieg. Dann wiederholte er nochmals, wie verloren: „Platz gemacht — auch später — immer Platz gemacht.“

Und ging.

Die erste Scholle Erde des Gatten hing aber immer noch in der Luft. Und die Trauerverammlung stand eine ganze Weile wie erklarrt. Nicht aus Schrecken. Sondern, weil sich auf einmal hinter den letzten Worten das ganze Leben einer Frau mit einer furchtbaren und umfassenden Klarheit an das offene Grab herangeschoben hatte. Einer Frau, die ein Leben lang Platz gemacht hatte, Platz den vierzehn Engeln und den — ich überflüg zerknirschte Mienen in die Runde — ja, den vierzehn Engeln und den vierzehnmal vierzehn Teufeln.

Jetzt schlug die Gattenscholle dumpf auf den Sarg.

Nie mehr wieder kann ich eine Leichenfeier sehen, ohne fragend die Gesichter in der Runde und von da den Sarg zu fragen: „Platz gemacht . . . Platz gemacht?“

Internationale Buchkunstausstellung Leipzig 1927. Auf einem Pressenempfang im Hotel Eplanade berichtete Prof. Hugo Steiner-Prag, der Präsident der Internationalen Buchkunstausstellung, die in Leipzig am 28. Mai eröffnet werden soll, von den Absichten und Zielen, die dieser Ausstellung zugrunde liegen. Sie soll keineswegs eine Fachausstellung sein, die sich nur an die interessierten Berufskreise wendet, sondern ein Unternehmen von wesentlichen kulturellen Wert darstellen, das alle Kulturmenschen und -staaten angeht. Das Buch wird hier als Vertreter des Kunstgeschäfts seiner Zeit und seines Volkes gezeigt werden. Neunzehn Staaten haben Kollektionen entsandt, die durch besondere Kommissionen in jedem Lande ausgewählt wurden. Von den deutschen Künstlern sind eine Reihe persönlich eingeladen. Die freien Einfindungen unterlagen der Jury des Vereins „Deutsche Buchkünstler“. Man wird aus dieser Zusammenstellung interessante Einblicke in die Kunstausstattung der einzelnen Völker gewinnen können. Denn heute macht sich überall wieder das Bestreben geltend, Inhalt und Gestaltung des Buches, auch des für Massenverbreitung hergestellten, miteinander in Einklang zu bringen. Geschmackvolle Einbände, guten Druck, klare schöne Schrift, selbst graphische Buchausgestaltung auch den wohlfeilsten Bänden mitzugeben. Wie diese Ziele in den einzelnen Ländern erreicht werden, dürfte eine der interessantesten kulturellen Darlegungen dieser Ausstellung sein. Gleichzeitig wird man dabei auch einen wertvollen Ueberblick über den jugendlichen Kunsternstwachstums besonders auf dem Gebiet der Graphik gewinnen. Daneben sollen natürlich die

Alte Meister der Buchkunst nicht zurückgestellt werden. Man wird Corinth, Orlik, Slevogt und viele andere deutsche und ausländische klassische Künstler des Buches hier vertreten finden. In dem dichterischen Gesamtwerk Gerhart Hauptmanns, das von den schönsten Erstausgaben bis zu seinen letzten großen Dichtungen auf der Ausstellung gezeigt werden soll, wird man die Entwicklung der Buchkunst in Deutschland verfolgen können. Besonders interessant aber wird ein Saal mit Kinderbüchern werden. Auch hier soll nur das Schönste gezeigt werden, was von Künstlern aller Nationen geschaffen wurde. Man darf sich dieser internationalen Bücherchau von Herzen freuen, die einen friedlichen Weltkampf der Nationen darstellen wird und darüber hinaus Anregung geben zu weiterer Veredlung der Leistungen auf diesem Gebiet.

Ein Friedhof von Riesenechsen in Afrika. Die vom britischen Museum entsandene naturwissenschaftliche Expedition, die im Tanganjikagebiet in Ostafrika Ausgrabungen veranstaltete, ist auf Ueberreste von Dinosauriern gestoßen, die so dicht übereinander geschichtet waren, daß es schwer war, sich einen Weg durch den Friedhof zu bahnen. Es wurden nicht weniger als 80 Riesenechsen verschiedener Art ausgegraben. Ein besonders gewaltiges Skelett erforderte die Arbeit von 80 Trägern, um es zum Holen zu schaffen. „Man braucht nur durch das Land zu wandern, in der Nähe von Tendaguru, wenn in der heißen Jahreszeit das Gras abgebrannt ist,“ schreibt ein Mitglied der Expedition in der englischen Fachzeitschrift „Natural History Magazine“, „um einen Begriff davon zu bekommen, wie ausgedehnt dieser Dinosaurierfriedhof ist. Stürme und Regen haben im Laufe der Jahre die Steinschicht abgesperrt, die sich über den Resten der Echsen aufgetürmt hatte, so daß diese heute an der Oberfläche liegen. Man gewinnt den Eindruck, als wenn sich hier ehemals in dem Zeit eines Flusses, der während des größten Teils des Jahres wasserlos war, ein Teich gebildet habe. In der heißen Zeit, in der alles Gras verbrannte und die Flußläufe ausgetrocknet waren, mögen sich die hungrigen und durstigen Lebewesen an den Teich gestürzt haben, um in der dort spärlich wachsenden Vegetation den Hunger zu stillen und den Durst zu löschen. Hier sind sie denn, als das Wasser vollends austrocknete, zugrunde gegangen. Der Sand bedeckte sie, und der in der Regenzeit einsetzende Wasserlauf tat ein übriges, um ihre Reste vollends zu begraben.“

Deutsche Schauspieler nach Moskau. Wie ein Moskauer Abendblatt meldet, hat der Oberregisseur des Moskauer Kleinen Theaters, Vassil, im Verlaufe Verhandlungen mit verschiedenen prominenten Bühnenkünstlern über Gastspiele in Moskau geführt. Wie Vassiloff erklärt, hofft er für die nächste Spielzeit neben Elisabeth Bergner und Käthe Dorsch die Schauspieler Krauß, Wegener und Wasser mann nach Moskau zu bringen.

Grundrissliches Verbot kommunistischer Filme in Holland. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge sind die Bürgermeister der Städte Amsterdamm, Rotterdam, Haag und Utrecht übereingekommen, ein grundrissliches Verbot für alle Filme, die kommunistisch-sozialistische Tendenz aufweisen, zu erlassen.

Karl Sieber, Professor an der Technischen Hochschule zu Kaden, ist gestorben. Er hat sich um die Ausbildung eines Mannes gemacht und sich besonders um die Städtebaukunst Verdienste erworben.

Wer ist der Aktendieb?

Verfahren gegen „Unbekannt“.

Die gestohlenen Akten, die von der deutschnationalen Parteileitung nicht nur angekauft, sondern auch weidlich gegen die Sozialdemokratie ausgeschreit wurden, schienen ins Meer des Vergessens versunken zu sein. Aber im Stresemann-Prozess zu Plauen tauchten sie wieder auf. Die jetzigen Koalitionsgegner der Stresemann-Partei haben sich nachweisen lassen müssen, daß sie den Aktendiebstaß begünstigt und gegen Zahlung von mindestens 5000 Mark sich die Stinkbomben verschafft haben, die sie, wie früher gegen bekannte Sozialdemokraten, so jetzt gegen Stresemann warfen.

Der Staatsanwaltschaft in Berlin sind die Männer hinreichend bekannt, die diese Aktenberge als angebliches „Altpapier“ feilboten und kauften. Es ist nichts gegen sie unternommen worden, es sei denn, daß der Professor Kuhnmann sie „sicherstellte“ in dem Raum, in den sie durch seine deutschnationalen Freunde um Knoll verbracht waren. Nun bekommt aber, wenn der „Jungdeutsche“ recht unterrichtet ist, der gestohlene Aktendieb neues Leben. Stresemanns Vertreter im Plauer Prozeß, Rechtsanwalt Dr. Kunz, hat nämlich bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Hehlerei von gestohlenen oder durch Umschweigen erworbenen Akten beantragt und dem Justizminister davon Kenntnis gegeben.

Als vermutlich bei diesen Dingen beteiligt oder jedenfalls unterrichtet hat der Rechtsanwalt den deutschnationalen Hauptgeschäftsführer Dr. Weiß, den Oberregierungsrat Goebel, den Kapitänleutnant a. D. Kautter von der Deutschnationalen Partei, den Verleger Bachmeister von der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, den Major a. D. Stein (Rumpelstilzchen) aus der Zeitungszentrale des Hugenberg-Konzerns, sowie die Herren Kranz und Knoll benannt. Ferner ist beantragt worden, auch die Frage zu klären, woher die 5000 M. und die übrigen Gelder gekommen sind, mit denen die Akten bezahlt wurden.

Die Staatsanwaltschaft sollte den früheren Staatsanwalt, jetzigen Landgerichtsrat Pelzer, sowie die Professoren Kuhnmann und Caspar fragen. Sie sollte sich auch den sauberen Volksgang Breithaupt vornehmen, der ihr vielleicht einiges verraten könnte.

Sie sollte... Aber sie wird kein sonderliches Interesse daran haben, festzustellen, daß ein gut Teil der Hehe, die gegen hervorragende Männer des öffentlichen Lebens betrieben ward, aus dem Aktendieb gespeist wurde, dessen Hehler der Staatsanwaltschaft seit Jahren bekannt war, ohne daß sie freiwillig nach dem Stehler gesucht hätte.

Wenn nicht der Justizminister den Herrschaften dienstlichen Auftrag erteilt, die Nachforschungen sehr gründlich vorzunehmen, wird die Aktion des Rechtsanwalts Kunz im Sande verlaufen, wie so vieles andere.

Nummer 12.

Schlecht aus der SPD. ausgeschlossen.

Die Liste der „linken Kommunisten“ im Reichstag hat abermals eine Bereicherung erfahren. Sie enthält nun auch ein Feld für den Abgeordneten Schlecht, der von der SPD-Zentrale ausgeschlossen worden war, sein Mandat niederzuliegen, dieser Aufforderung aber nicht nachgegeben war. Von den ursprünglich gewählten 45 gehören jetzt nur noch 33 der kommunistischen Reichstagsfraktion an. Es ist nicht zu erwarten, daß dieser Bestand bis zum Ende der Legislaturperiode erhalten bleiben wird.

Der aus der kommunistischen Reichstagsfraktion freiwillig ausgeschiedene Abg. Dr. Rosenbergs hat sich nicht auf der Liste der „linken Kommunisten“, sondern auf einer anderen eingetragen, die den Namen trägt „Bei keiner Fraktion“. Auf ihr steht er nun neben Lange-Hegermann, Lubendorff und Seiffert als vierter.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Beschäftigung bei Notstandsarbeiten in Preußen.

In Preußen sind im ersten Vierteljahr (Januar bis März) des Kalenderjahres 1927 täglich im Durchschnitt 78 000 Notstandsarbeiter beschäftigt worden, und zwar bei Notstandsarbeiten, die nur mit einer Grundförderung aus den Mitteln der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge gefördert wurden, 20 000 Erwerbslose, und bei Notstandsarbeiten, die neben der Grundförderung auch eine verstärkte Förderung aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge erhalten, rund 58 000 Erwerbslose. Von diesen Notstandsarbeitern wurden im Berichtsvierteljahr insgesamt 5 123 143 Erwerbslosentagewerte geleistet. Hier von enthalten auf:

Reparaturen	rund 10,0 Proz.
Strassenbauten	rund 42,2
Anlage von Sport- und Spielplätzen	rund 11,8
sonstige Tiefbauten	rund 31,8
Baustoffherstellung, Vorbereitung von Siedlungsgelände usw.	rund 4,7

Der Rückgang der Beschäftigungsziffer bei Reparaturen gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1926 (16 Proz.) ist ausschließlich auf die ungünstige Witterung der Wintermonate zurückzuführen.

Kommunisten als Helfer der Unternehmer.

Lammers und Letze in Genf gegen Gewerkschaftsforderungen.

Genf, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Nachmittags-Sitzung der Industriekommission der Weltwirtschaftskonferenz, über deren Vormittags-Sitzung wir bereits im größten Teil der Abendausgabe berichtet haben, sprachen die Genossen Souhauz, Pugh und Mertens.

Jouhaug wandte sich in sehr wirksamer Weise gegen die wiederholten Angriffe der Sowjetvertreter. Er führte dabei den Nachweis, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stets für die jetzigen Forderungen der Sowjetdelegierten eingetreten sei. Die Vertreter Sowjetrusslands aber könnten kaum behaupten, daß in Rußland die gewerkschaftliche Freiheit gewährleistet sei.

Pugh (England) und Mertens (Belgien) legten in geschickter Weise die Gründe auseinander, welche die Arbeiterschaft veranlassen, die Wirtschaftsrationalisierung zu unterstützen, trotzdem sie in verschiedenen Ländern damit keine guten Erfahrungen gemacht haben.

In der Handelskommission sprach Genosse Eggert über das Dumping. Er schloß sich mit allem Nachdruck der von dem schwedischen Vorsitzenden Indbeek gegebenen Begriffsbestimmung des Dumping an, wonach vom Dumping nur gesprochen werden kann, wenn eine bestimmte Ware auf den ausländischen Märkten billiger verkauft werde als auf dem inländischen Markt des Erzeugerlandes. Das Balutadumping könne heute als überwunden gelten. Schlimmer als jede andere Art von

Jergendwo in Sibirien . . .

Schicksale oppositioneller Kommunisten in Rußland.

In Kreisen der Kommunisten zirkuliert das folgende Dokument, für das der ehemals offiziell kommunistische, jetzt linkskommunistische Reichstagsabgeordnete Schlagewert verantwortlich zeichnet.

Offener Brief

an die Arbeiter-Delegationen, die von Amerika und Europa nach Sowjetrußland fahren.

Lebt Mjasnikow und seine Genossen noch?

Werte Genossen! Da Ihr eventuell nach Sibirien fahren werdet, verlangen wir von Euch, daß Ihr die dort in Gefängnissen schmachtenden linken Arbeiter-Kommunisten (Arbeitergruppe) und vor allen den Genossen Gabriel Mjasnikow (Tomsk), Nikolai Kusnezow (Barnaul) und Genossen Porestajow (Sempolajinsk) aufsucht, mit ihnen persönliche, ausführliche Aussprache haltet und uns Eure Meinung und Eindruck über ihren Zustand und den ihrer Familie sofort berichtet.

Ferner bitten wir Euch, folgendes in Rußland zu kontrollieren: 1. Am 27. Dezember 1924 wurde ein Teil der verhafteten Arbeiter-Kommunisten von Rostau nachts um 3 Uhr in einem Sonderzug unter verstärkter Bewachung der G.P.U. in die nördlichen Wälder Rußlands (Tschersin-Bezirk) verbannt. Was ist mit diesen Genossen weiter geschehen? Verlangt von der G.P.U. ein genaues namentliches Verzeichnis und die Gründe zu dieser brutalen Maßnahme.

2. Ein illegales Flugblatt der Rostauer „Kommunistischen Arbeitergruppe“ vom 8. Dezember 1924 benachrichtigte davon, daß die 11 verhafteten Mitglieder der Berner (Ural) Arbeitergruppe einen Hungerstreik begonnen hätten mit der Forderung eines Gerichtsverfahrens in der Öffentlichkeit. Fordert die Motivierung ihrer Verhaftung und forschet nach ihrem Schicksal, denn seit dieser Notiz herrscht volles Schweigen über sie.

3. Weiter bitten wir Euch, bei der Zentrale der G.P.U. in Rostau unbedingt nachzufragen, was mit all den anderen verfolgten Mitgliedern der Arbeitergruppe geschehen ist. Aus den vielen heben wir hervor: Alexander Medwedjem (Rostauer Elektriker), Kojischnow, Ljunow, Ilin, Sidorin, Moissejew, Michailow, Bersina, Demidow, Polosow, Katosow, Baranow. Die Genossen Demidow und Bersina sind, trotzdem sie Mitglieder des Sowjets (Rostau) waren, ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis geworfen, und auch Medwedjem, gegen den man kein authentisches Anklagematerial finden konnte, wurde trotz schwerer Tuberkulose und sieben-tägigem Hungerstreik in Haft gehalten.

4. Nikolai Kusnezow sitzt seit Januar 1924 in Sibirien (Barnaul) im Gefängnis. Während dieser Zeit hat er, soweit die Nachrichten zu uns gelangten,

drei große Hungerstreiks

gemacht, wovon der eine 13, ein anderer 15 Tage gedauert hat. Wenn Genosse Kusnezow zu dieser schaurigen Hungerwaffe greift, so müssen wir daraus schließen, daß er im Kerker aufs grauamste unterdrückt wird und durch den Hungerstreik einen glühenden Protest in die Welt hinausstreut. Was ist jetzt mit diesem ehrlichen lang-jährigen Kommunisten geschehen?

5. In Ulanow (Sibirien) sind 17 Mitglieder der Arbeiteropposition verhaftet und verurteilt worden: Barinow und Kozow zu Gefängnishaft in Tobolsk (Sibirien), die anderen in verschiedene entlegene Ortschaften zur Verbannung. Der Arbeiterkommunist Kapustin, der während der Arbeiterunruhen im Don-Bezirk im Jahre 1924 nach Tschersin (Ural) zur Verfügung der Partei — angeblich — versetzt wurde, ist jetzt dort als Mitglied der linken Opposition verhaftet worden. Tschersin ist überhaupt der Konzentrationspunkt aller Verhafteten und fast aller verurteilten Oppositionellen Kommunisten. Besucht sie doch!

Dumping sei das soziale Dumping, durch das Länder mit niedrigem Lebensstandard die in Ländern mit höherem Lebensstandard erzeugten Waren auf Kosten der Arbeitsbedingungen und Lebenshaltung dieser Länder unterbieten. Aber auch das Dumping, so wie es vom Vorsitzenden definiert worden sei, sei schädlich und wirke handelsstörend.

Man werde sich aber überlegen müssen, ob eine Antidumpinggesetzgebung wirklich das Uebel an der Wurzel treffe, da sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch wiederholt erkennen ließe, daß die Antidumpinggesetzgebung häufig zum Protektionismus führe, während in Wirklichkeit ein Land, das eine Antidumpinggesetzgebung erlasse, doch auch die moralische Verpflichtung habe, das Dumping im eigenen Lande zu bekämpfen. Auch sei eine Antidumpinggesetzgebung nicht mit dem Begriff der Weltbegünstigung vereinbar. Schließlich erinnerte Eggert an das Dumping, das aus gewissen politischen Bedingungen heraus einem Lande aufgezwungen werden kann, wodurch gewisse Staaten genötigt sind, auch unbedingt mit ihren Waren auf den Weltmarkt zu kommen.

Der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Lammers, hat sich mit seinen Ausführungen in Genf ähnlich wie früher Herr von Siemens zum Sprecher jener Unternehmerrunde gemacht, die mit ihrer Ablehnung einer Kaufkrafterhöhung und einer Wirtschaftsdemokratie sich in stärksten Gegensatz zu den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft stellen. Die Behauptung, daß eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle der Kartelle preis erhöhend wirken könne, ist geradezu absurd. Wenn hohe Löhne die Konkurrenzkraft der Exportindustrie einschränken, so ist es unverständlich, warum die deutschen Unternehmer gerade die Konkurrenz Amerikas, des Landes der höchsten Löhne fürchten. Lammers setzte sich in Widerspruch mit seinen eigenen Anschauungen, wenn er die Mitwirkung der Arbeiterschaft für die Kartellpolitik als bedenklich ablehnte und gleichzeitig anerkennend hervorhob, daß die Arbeiterschaft bei der Rationalisierung in Deutschland mit großen Opfern mitgewirkt habe. Den Unternehmern kommt es offenbar darauf an, auch die Tribüne der Weltwirtschaftskonferenz dazu auszunutzen, um ihre wirtschaftspolitischen und sozialreaktionären Auffassungen auf breiterer Basis zu vertreten, anstatt unter Hintansetzung der Gegensätze zunächst einmal die Stimmung der Welt in einem für Deutschland günstigen Sinne zu beeinflussen.

Ihre Taktik dabei wird nur übertroffen von dem Kommunisten Letze, der nicht nur in russischer Sprache, sondern auch mit russischen Verhandlungsmethoden operierte. Nachdem sich noch am Montag der Russe Sokolnikow in heiligem Liebeswerben um die Gunst der kapitalistischen Regierungen anderer Länder bemüht hat, sah sich Letze gestern veranlaßt, eine kommunistische Kaddaurede zu halten, die die Sache Rußlands vor der Weltwirtschaft höchstens lächerlich machen kann. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn Letze ausgerechnet das von den Kapitalisten der Welt stark besuchte Genfer Forum dazu benutzte, um gegen die Gewerkschaften

6. In der ausländischen Presse war veröffentlicht, daß in Niko-lajew am Schwarzen Meer der Vorsitzende der ukrainischen Käte, Petrowitz, von 46 verhafteten Mitgliedern der Arbeiterkommunisten 26 befreien ließ. Stimmt diese Meldung? Was geschah mit den übrigen 20 verhafteten Kämpfern?

7. Weiter verlaublich die ausländische Presse, daß vier Genossen der Arbeitergruppe im Uralgebiet und vier Genossen in Baku erschossen

wurden, weil sie sich, als sie mißhandelt wurden, handgreiflich verteidigt haben. Grund ihrer Verhaftung war: man unterföb ihnen die Inszenierung von großen Arbeiterunruhen und Streiks.

8. In einer am 17. Februar dieses Jahres von der Opposition der kommunistischen Arbeiter illegal in Jekaterinow herausgegebenen Broschüre wird unter anderem die tierische Rohheit der Jekaterinowtschen (Swerdlowsk) G.P.U. beschrieben, die man gegen den Vertreter der dortigen Arbeitergruppe Nilow anwandte, welcher unter dem Verdacht stand, sich aktiv in dem illegalen verfolgten Aktionskomitee betätigt zu haben, welches mehrere Streiks in dem Bezirk durchgeführt hat. Nach der Auslieferung an die G.P.U. verlangte man von Nilow, der sich zurzeit in Einzelhaft im Gefängnishospital befindet, das Einverständnis der gegen ihn erhobenen Anklage. Auf Nilows entschiedene Weigerung, die ihm gestellten Fragen zu beantworten, ordnete der Untersuchungsrichter an,

ihn nackt anszuziehen und ihm 20 Peitschenhiebe zu geben.

Diese bestialische Handlung ließ man von bolschewistischen Rotarmisten ausführen (Mongolen). Nach dieser schandlichen Mißhandlung führte man den schwerverletzten Nilow, der unter den Armen gehalten werden mußte, wieder vor den Untersuchungsrichter. Auch diese Peinigung hatte Nilows Schweigen nicht gebrochen. Wutentbrannt über die Ausfrageverweigerung ließ der Untersuchungsrichter ihm mit seinem Gewehr ein Auge aus, und blutüberströmt brachte man Nilow in seine Einzelzelle zurück, wo ihm erst nach zwei Tagen etwas Hilfe gebracht wurde. Die Flugchrift verlangt die unverzügliche Verhaftung dieses Untersuchungsrichters der G.P.U. sowie die Auslieferung des gesamten G.P.U.-Vorstandes von Swerdlowst an das Gericht.

9. Ueber den Genossen G. Mjasnikow geht unter den ausländischen Arbeitern und in der ausländischen Presse das Gerücht umher, daß er von der G.P.U. Tomsk erwürgt ist, was unter den westeuropäischen Arbeitern große Empörung gegen die Terrorisierung der linken Proletarier Rußlands hervorruft.

Werte Genossen! Wir bitten Euch, gerade aus diesem Grunde unsere Anfragen, die wir ganz brüderlich an Euch richten, nicht mit der üblichen Demagogie und Spitzfindigkeit abzutun, sondern ehrlich als Brüder der gleichen Klasse mit diesen ausgebeuteten russischen Arbeiterkommunisten die Dinge ehrlich zu prüfen, die Tatsachen der Ungerechtigkeit zuzugeben und Euch als Proletarier und Kämpfer für die Befreiung der schmachtenden Genossen einzusetzen und gegen alle anderen wilderen Repressalien gegen die linken Kommunisten ebenfalls Front zu machen. Dadurch, Werte Genossen, werdet Ihr wirklich mehr Vertrauen und Sympathie bei der Weltarbeiterschaft gewinnen und tatsächlich einen Schritt zur Sache der revolutionären Einheitsfront gegangen sein.

Internationale linkskommunistische Föderation.

- Für Deutschland: Lauterbach, E. Gnilisch.
- Für Frankreich: J. Dupont.
- Für England und Schottland: Guy Aldred.
- Für Rußland: Iwon Karpelants, Chruschenka.
- Für die Schweiz: Anton Johann Swetlik.
- Für die Orient: Ali Akbar (Indien), Yamada (Japan).
- Für Polen: W. Wujazski.

zu polemisieren und den Sozialdemokraten Sympathien mit dem Bürgertum vorwarf, dem sich vorgestern Sokolnikow an den Hals geworfen hat. Aber es kam den Kommunisten nur darauf an, die Sache der Arbeiterschaft schlecht zu machen, und deswegen wirkte seine Rede als eine Unterstützung der Lammers, Siemens und Genossen, die sicherlich dem Sowjetvertreter dafür dankbar sein werden. Die organisierte Arbeiterschaft außerhalb Sowjetrußlands jedoch wird sich mit Entrüstung gegen das bolschewistische Clownspiel wenden, das in Genf aufgeführt wird, und sie wird daraus lernen, wie wenig Förderung sie von derartigen Kommunistenbilden zu erwarten hat.

Das Schicksal der Amerikafieger.

Erste Besorgnisse in Paris.

Paris, 10. Mai. (WIB.) Ueber das Schicksal der beiden französischen Fieger Rungesser und Coll ist noch nichts bekannt. Das französische Marineministerium hat den Marinebehörden in Brest und Cherbourg Anweisung gegeben, Schiffe und Flugzeuge zu entsenden, die Nachforschungen nach dem Verbleib der Fieger anstellen und Nachrichten übermitteln sollen. Ein Ulfso, ein Torpedoboot, zwei Unterseeboote sind bereits von Cherbourg in See gegangen, ferner sind drei Wasserflugzeuge aufgestiegen.

Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bis 1/12 Uhr nachts lag hier überhaupt keine neue Nachricht vor. Am Nachmittag war eine Meldung aus London eingetroffen, wonach der Kapitän eines amerikanischen Dampfers „Republic“, der sich unterwegs nach Bremen befand, einen Funkpruch ausgegeben hätte des Inhalts, daß er das Flugzeug Rungessers und Colls am Sonntag mitag 320 Kilometer westlich der irischen Küste gesichtet hätte. Das französische Luftfahrtministerium setzte sich sofort mit diesem Dampferfunkentelegraphisch in Verbindung und erhielt von dem Kapitän die kategorische Antwort, daß er nie ein derartiges Funkentelegramm ausgegeben und das vermisste Flugzeug überhaupt nicht gesehen hätte. Die einzige amtliche Mitteilung, die das Luftfahrtministerium am heutigen Tage herausgegeben hat, befragt lediglich, daß Rungesser am Sonntagvormitag 1/11 Uhr an der irischen Küste gesichtet worden sei. Ueber das Schicksal der beiden Vermissten herrscht jetzt in Paris ausgesprochener Pessimismus, zumal, wie jetzt hervorgehoben wird, ihr Flugzeug eigentlich gar kein Wasserflugzeug war, sondern lediglich mit einer Notvorrichtung zum Schwimmen versehen war. Ein Niedergehen auf hoher See müßte daher auch unter normalen Umständen für die Fieger sehr schwierig gewesen sein, um so schwieriger bei dem in den letzten Tagen herrschenden schlechten Wetter.

Auch von dem Flugzeug Saint Romanes und seiner zwei Begleiter, das den Atlantischen Ozean von Afrika nach Brasilien erfolgreich überquert, aber sogleich die Rückreise angetreten hatte und seitdem vermisst wird, liegt keinerlei Nachricht vor. Während im Falle Rungessers noch nicht alle Hoffnung aufgegeben ist, gelten Saint Romanes und seine Begleiter schon jetzt als verloren, da ihr Flugzeug trotz der eindringlichen Warnung des Marineministeriums überhaupt keine Schwimmvorrichtung besaß.

Dem Bergbau geht es gut.

Die Arbeiterentlassungen sind unberechtigt.

Vom Steiger Halbsell, Buer l. W., wird uns geschrieben: Die nach Abschluss des englischen Bergarbeiterkampfes zu erwartenden Veränderungen im deutschen Kohlenbergbau sind pünktlich eingetreten, wenn sie auch anders ausfallen, als man allgemein erwartete. Gewiss ist der Abstieg zurückgegangen. Einmal ist das auf die Jahreszeit zurückzuführen und zum anderen darauf, daß im bestrittenen Gebiet auch die englische Kohle wieder einen Teil des Absatzes bedient. Daß gewisse Mengen Kohlen gelagert werden, ist an sich nicht außergewöhnlich. Der Bergbau und besonders der Braunkohlenbergbau können ohne Schaden gewisse Mengen lagern. Ja, der Braunkohlenbergbau hätte in manchem Winter den Bedarf an Beileits nicht decken können, wenn er nicht die Lagermengen aus den Sommermonaten zur Verfügung gehabt hätte.

Wesentlich für die andere Art der jetzigen Absatznot des Bergbaues ist der Kohlenpreis. Im Frühjahr 1926 waren die Preise im bestrittenen Gebiet unter Einfluß der subventionierten englischen Konkurrenz, die jeden Preis unterbot, so schlecht, daß die Selbstkosten der Gruben aus diesen Preisen nicht gedeckt werden konnten. Heute sind die Preise auch in diesen Gebieten erträglich; in England haben sich die Verhältnisse nämlich wesentlich anders entwickelt, als die englischen Unternehmer hofften und als man dem deutschen Publikum, besonders durch die Unternehmerpresse, vormachen will. Eine Erhöhung des Förderanteils je Mann und Schicht und damit eine Verbilligung der Lohnkosten ist, wie wir im Voraus behauptet haben, nicht eingetreten.

Die Engländer mit ihren wesentlich höheren Selbstkosten können sich daher, wenn sie nicht große Zubußen machen wollen, Unterbietungen nicht leisten. Die Kampftrakt der Bergwerke und des Kohlenhandels dürfte außerdem infolge des langen Streiks auch nicht sehr stark sein.

Dabei geht die Zusammenfassung der englischen Bergwerke nicht vom Fleck. Die Rationalisierung, von der man sich viel versprochen hat, kann sich nicht in dem Maße auswirken wie in Deutschland. Denn einmal fehlt, um die alten Gruben zu modernisieren, das notwendige Geld. Zum anderen können keine Maßnahmen, die im deutschen Bergbau möglich waren, z. B. vermehrte Einführung von Schrämmaschinen, in England nicht angewandt werden, da auf diesem Gebiete früher schon fast alles geschehen war. Die Kämpfe gehen im englischen Bergbau auch weiter, so daß es gegen die Opposition der Arbeiter wahrscheinlich auch nicht möglich sein

wird, in der nächsten Zeit eine nennenswerte Verbilligung der Selbstkosten zu erreichen. Die englische Presse berichtet z. B., daß die Bergarbeiter die Stunde der längeren Arbeitszeit, die in einigen Bezirken eingeführt wurde, Baldwin-Stunde nennen, und daß bei Beginn dieser Stunde ein gewisser passiver Widerstand einsetzt. So fehlt die preisdrückende Konkurrenz mehr oder weniger.

Der deutsche Bergbau erfreut sich deshalb erträglicher Preise.

Weil dem aber so ist, muß man sich aufs schärfste gegen die zahlreicheren Arbeiterentlassungen wenden, die in den letzten Tagen, wie die Presse meldet, vorgenommen wurden. Gut fundierte Gesellschaften, z. B. die Zeche Ewald, entlassen Arbeiter, trotzdem sie finanziell glänzend stehen und zweifellos sehr gut für einige Monate die Arbeiter mit fruchtbringenden Arbeiten (Vorrichtungsarbeiten) beschäftigen könnten. Die Werke, die damit rechnen, daß sie bei aufwärtsgehender Konjunktur immer noch Vorrichtungsarbeiten machen können, sind volkswirtschaftlich falsch eingestellt und schädigen das Volkswohl. Daran, daß der Ruhrbergbau in der Zeit der Absatznot im vorigen Jahr statt Vorrichtungsarbeiten zu machen, die Arbeiter entließ, lag es, daß in der Zeit der hohen Anforderungen

der deutsche Steinkohlenbergbau nicht gestärkt war.

Die Reichsregierung, die in ihren Reden ja von volkswirtschaftlichem Verständnis und Arbeiterfreundlichkeit triefte, sollte einmal auf diesen Werken nachprüfen lassen, ob sie auch ihrer vaterländischen Pflicht nachgekommen sind und alles getan haben, um ihren arbeitswilligen deutschen Arbeitern Arbeit zu geben. Wie wäre es mit einer solchen nationalen Tat?

Die Lohnerhöhungen der letzten Zeit belasten zwar den Bergbau. Das will jedoch nicht viel sagen, denn nach wie vor liegen die Löhne der deutschen Bergarbeiter beachtlich niedriger als die der englischen, trotzdem der Förderanteil im englischen Bergbau gegen Ruhrgebiet und Oberschießen geringer und gegen die kleineren Raster nicht bedeutend höher ist. Vergleicht man das Ruhrgebiet, das in Deutschland die höchsten Löhne aufweist, mit England, so ergeben sich Lohnkosten je Tonne, die im Ruhrgebiet um etwa 70 Proz. tiefer liegen als in England. Diese Luft wird auch durch andere Belastungen, die der Ruhrbergbau hat, nicht ausgefüllt. Anderen Bergbaubezirken geht es ähnlich. Aus diesen Gründen kann der Bergbau für die nächste Zeit optimistisch sein und aus diesen Gründen muß der Abbau von Bergarbeitern verhindert werden.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am 12. und 13. Mai erfolgen bei der Reichsbahn die Neuwahlen der örtlichen Betriebsvertretungen, der Betriebsräte bei den Reichsbahndirektionen und des Hauptbetriebsrats bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in einem Wahlgange.

Die Betriebsrätewahlen gewinnen diesmal eine besondere und erhöhte Bedeutung für das gesamte Personal. Ist doch gerade die Lohnbewegung vorüber, die ein nachhaltiges Echo in allen Arbeiter- und Beamtenkreisen fand. Die besondere Note bei dieser Wahl wird in der Antwort der Eisenbahnerschaft auf das Verhalten der Reichsbahnverwaltung bei den wochenlangen Lohnverhandlungen liegen. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat es verstanden, auf Kosten des Personals, unter intensiver Anspannung der Arbeitskraft des gesamten Personals, die sich in der Verlängerung der Arbeitszeit, Verkaufsförderung der Dienstauferweiser usw. auswirkte, den Jahresabschluss günstig zu gestalten. Sie hat sich jedoch hartnäckig geweigert, den berechtigten Wünschen und Forderungen des Personals Rechnung zu tragen. Das Verhalten der Reichsbahnverwaltung war die Krönung des unsozialen Gebarens in dem verflochtenen Jahre.

Die Antwort der Eisenbahnerschaft wird ausklingen müssen in einer nachdrücklichen und ersten Warnung an die reaktionäre Kräfte, die in der Reichsbahn-Gesellschaft schalten und walten. Die Eisenbahner, die sich mit großer Mehrheit um das Banner des

Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands

schoren, wissen, daß die brutale Rücksichtslosigkeit der Reichsbahnverwaltung sich viel unheilvoller auswirken würde, wenn der „Einheitsverband“ dem Vorgehen der Reichsbahnverwaltung nicht entschlossenen Widerstand geleistet hätte. Das Ergebnis der letzten Lohnbewegung ist nur eine Etappe in dem Kampfe für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des gesamten Personals.

Die Eisenbahner wissen auch, daß mit der einmütigen Stimmenabgabe für den Einheitsverband schärfster Protest gegen die Zersplitterung der Kräfte und Quertreibereien erhoben wird, die von den kleinen Organisationen, von den christlichen Gewerkschaften bis zu den Kommunisten in den vergangenen Jahren getrieben worden sind. Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind in der Frage der Arbeitszeitverlängerung mit dem Besatzbürger bloß durch die und dünn gegangen; sie sind deshalb in erster Linie für die Beibehaltung des Sechsstundentages verantwortlich.

Unter dem Banner der Einmütigkeit und Geschlossenheit heißt für alle Eisenbahner der Kampf:

Alle Stimmen dem Einheitsverband!

Reichskonferenz der Kraftwerker.

Gasfernerverorgung und Elektrizitätswirtschaft.

Dortmund, 10. Mai (Eigener Drahtbericht.) Die 2. Reichskonferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter in Dortmund nahm u. a. auch eingehend zu den Fragen der Gasfern- und Elektrizitätsversorgung Stellung. Für die Durchführung kommunaler Gasversorgung forderte die Konferenz nach einem Referat des Stadtbaurats Deverberg-Rain: Befreiung der Bevölkerung mit Gas durch die öffentliche Hand, in erster Linie durch die Gemeinden, Ablehnung jeder Beteiligung privaten Kapitals, Befreiung aller Kohlenlieferungen an die öffentlichen Gasanstalten von der Kohlensteuernabgabe, Errichtung von kommunalen Gemeinschaftswerken zur Verbesserung und Verbilligung der Gaserzeugung und Verteilung, planmäßige Befreiung des gesamten Versorgungsgebietes, um so den weniger ertragsfähigen, dünnbesiedelten Gebieten den Gasbezug zu ermöglichen. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten ergeben, daß die öffentlichen Betriebe in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privatkapitalistischen Werken nicht nur vollkommen gleichwertig, sondern in der Regel weit überlegen sind. Ein Grund zur Umwandlung von Regiebetrieben in eine andere Rechtsform bestünde also nicht. Die Reichskonferenz spricht daher die Erwartung aus, daß in allen Parlamenten von der Arbeiterschaft der Kampf gegen die Verhinderung der Schwerindustrie, das gesamte Reichsgebiet mit Kohlen gas zu versorgen und dadurch die kommunalen Gasanstalten stillzuliegen, durchgeführt wird.

In bezug auf die Elektrizitätsversorgung forderte die Konferenz, daß die Versorgung der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen und ausschließlich durch öffentlich rechtliche Körperschaften betrieben wird. Die moderne Entwicklung in der Elektrizitätsversorgung habe die wirtschaftliche und technische Überlegenheit einer kombinierten Erzeugung durch Kohle, Braunkohle und Wasserkraft erwiesen. Deswegen habe die Versorgung auch möglichst über große Wirtschaftsgebiete hin einheitlich zu erfolgen. Die Konferenz verlangt bei der ständig steigenden Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft dringend den baldigen Erlaß eines besonderen Reichsgesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswerke. Träger dieser Betriebe müßten Reich, Staat, Provinzen, Kreise und Gemeinden sein.

Streik der Steinmehnen der Werksteingruppe.

Die Steinmehnen der Werksteingruppe hatten bei Ablauf des gültigen Lohnvertrages entsprechend der Forderung eine Erhöhung der Löhne gefordert, die jedoch von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Steinmehnen hatten eine Erhöhung des Lohnes von 1,45 M. auf 1,70 M. die Stunde gefordert.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der einen völlig unzureichenden Schlichtungsbescheid erließ, wonach die Löhne ab 1. Mai um 5 Pf. und ab 1. Oktober um weitere 4 Pf. erhöht werden sollten. Die Versammlung der Steinmehnen der Werksteingruppe, die Montagabend zu dem Schlichtungsbescheid Stellung nahm, beschloß mit erdrückender Mehrheit die Ablehnung des Schlichtungsbescheides und die Niederlegung der Arbeit für Dienstag früh. Gleichzeitig wurde die Lohnforderung dahin festgelegt, daß ab 1. Mai der Lohn 1,60 M. betragen soll.

Die Arbeit ist gestern geschlossen niedergelegt worden. Eine Anzahl von Betrieben, die mehr als ein Viertel der Arbeiter der Werksteingruppe beschäftigen, hat die Forderung bereits bewilligt, so daß dort die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die Bauarbeiten werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Steinmehnen der Werksteingruppe zur Arbeit zugelassen sind, die sich im Besitz der Arbeitsberechtigungskarte befinden. Die Streikenden erwarten die vollste Solidarität aller Kollegen vom Bau.

Was man der „Roten Fahne“ schreibt.

In der Schuttlagerungsstelle der „Roten Fahne“ vom Dienstag wird eine Zuschrift veröffentlicht, in der behauptet wird, daß der Redakteur Steiner vom „Vorwärts“ und der JdL-Angestellte Schmolinski im Bureau des Direktors der Zentralredaktion der Blaubandwerke hinter verschlossenen Türen Abbitte wegen eines Artikels, der im „Vorwärts“ erschienen war, geleistet und die angebotene Unterstützung des Arbeiterrats abgelehnt hätten. In Wirklichkeit haben sich die Dinge umgekehrt zugetragen. Der Vorsitzende des Arbeiterrats wurde im Bureau des Direktors von dem oben Genannten über die Vorgänge eingehend befragt. Außer diesem wurde auch noch eine Reihe anderer Angestellter gehört. Der Vorsitzende des Arbeiterrats hat selbst erklärt, daß ein Grund zur Entlassung des betreffenden Angestellten vorlag. Dieser Angestellte wurde damals in einer gleichwertigen Stellung bei den Blauband-Margarinewerken untergebracht. Eine Differenz bestand also nicht mehr.

Aussperrung in der Saarländischen Fertigungsindustrie.

Saarbrücken, 10. Mai. (Rth.) Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie hat sämtliche Arbeiter seiner Mitgliedsfirmen aus der Fertigungsindustrie am 7. Mai ausgesperrt. Vor etwa acht Tagen waren 4000 Arbeiter in den Zustand getreten, da sie den vom Arbeitgeberverband beabsichtigten 10prozentigen Lohnabbau nicht annehmen wollten. Von der Aussperrung werden etwa 7000 Arbeiter betroffen.

Die Arbeiterschaft der Dillinger Maschinenfabrik, die etwa 1400 Mann beschäftigt ist, gestern zum Protest gegen den Lohnabbau geschlossen in den Streik getreten. In den einzelnen Werken wird stark vermindert gearbeitet.

Bei Mir u. Genest, Bauabteilung, Bismarckstr. 66, sind die Monteur und Helfer am Dienstag früh wegen Lohnunterschieden in den Streik eingetreten. Die Streikenden ersuchen alle Kollegen, darauf zu achten und Solidarität zu üben.

Konditorei! Die Sperre über die „Angst-Konditorei“, Inh. Rajet, Berlin SW., Lindenstraße 108, ist aufgehoben. Da die bestehenden Differenzen beigelegt sind.

Nach wie vor bleiben gesperrt: Konditorei Geppert, Oranienstraße 13 (am Heinrichshagen), Konditorei und Café Kolberg, Berlin, Prinzenallee 25/26, sowie Versand-Konditorei Knobe u. Co., Berlin N., Müllerstraße 40a. Die Konditorei-angestellten kämpfen hier weiter um ihre tariflichen Rechte.

Wichtig! VCC-Kongress! Donnerstagabend 7 Uhr im Restaurant „Zur schillernden Heimat“, Neue Friedrichstr. 1. Fraktionsversammlung des VCC-Kongresses. Tagesordnung: Aufstellung der Liste zur Gesamtbetriebsratswahl. Ohne Parteizugehörigkeit kein Zutritt. Der Fraktionsvorstand.

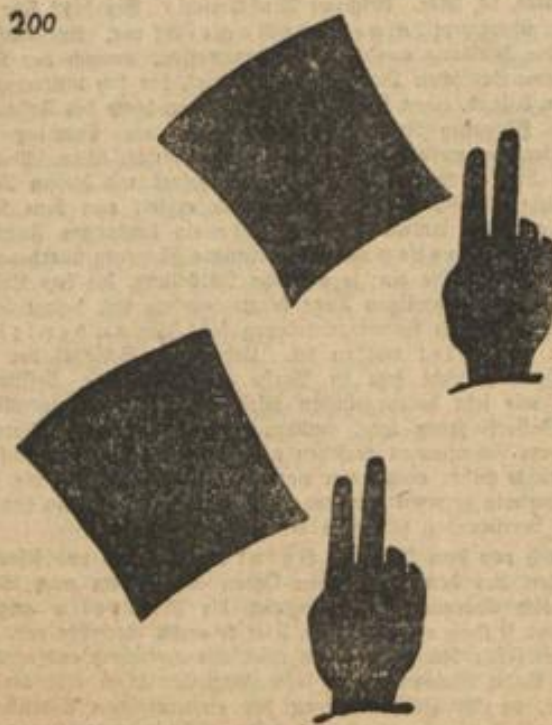
Jugendgruppe des JdL. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, tagen folgende Bezirke: Reuthe: Jugendheim Köpenick, 13. Spiel- und Eiertabend. Eiertage mitbringen. — Wedding-Gesandten: Jugendheim Schöneberg, 1 (Weddingheim), 3 Fr. — „Bedeutung des 1. Mai“ (Heidebrunn). — Döber: Jugendheim der Schule Titauerstr. 18. Dichter des Jammers.

Verband der Arbeiter, Redakteure, Korrespondenten. Große Fraktionskonferenz aller im Beruf tätigen morgen, Donnerstag, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-26. Die Auswirkung des letzten Lohnabkommens, Arbeitskontrolle. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Per Vorhand.

Tagessieger. Mitgliederversammlung morgen, Donnerstag, 7 Uhr, Coal 1. Gewerkschaftshaus. Vortrag: „Das Arbeitsgerichtsgesetz“ verschiedener. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsausweis legitimiert.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: Wilmers: 1. Gruppenheim Jugendheim Bezirk 29. Hof. Vortrag: Entlebung und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. — Südwesten: Gruppenheim Bezirk Jugendheim Stadt, Schwimmbad Altmühlstr. 64. Vortrag: „Das Schlichtungsgesetz“. — Christenbourg: Gruppenheim Jugendheim Deutsches Krankenhaus, Berliner Str. 137. Vortrag: Die wirtschaftlichen Ursachen der Krise in China. — Nordring: Gruppenheim Jugendheim Oberwallstr. 10. Vortrag: „Rechtswort und -pflicht“. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Ernststr. 16. Freizeitspielabend. — Weihen: Jugendheim Weihen, 26. Vortrag: „Rud und Rabel“. — Reuthe: Jugendheim Reuthe, 24-26. Vortrag: Was will die JdL? — Frankfurter Allee und Randsberger Allee: Spielabend auf dem Spielplatz Binger Straße, Biele Nr. 2. Einlaß nur mit Freimarsch. — Riedersdamm: Im Jugendheim Riedersdamm, Berliner Straße, Zusammenkunft. — Wandlitz: In der nächsten Abend „Kartendunst“ findet am Sonntag, 20. Mai, im Jugendheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstraße, statt.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelhuber; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Kasper; Kunst: R. A. Müller; Soziales und Sonstiges: Rth. Hauptstadt; Auslagen: Th. Glöckner; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag; Druck- und Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Stern 2. Beilagen und „Anzeigebureau und Witten“.



Wir garantieren:

Unsere neuen Mischungen

GOLD-SABA-4

enthalten nur Tabake der neuesten Ernte frisch manipuliert
Diese Ernte vereinigt wie keine frühere
leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem Aroma
und glattem weissen Brand

GARBÁTY

Vom Wasser begraben!

Um Warthe und Nege sind 50000 Morgen Land überschwemmt.



Die Brandenburgerische Landwirtschaftskammer hatte Vertreter von Dreiliner Zeitungen zur Beschichtigung der Überschwemmungsgebiete an der Warthe und an der Nege eingeladen.

Warthebruch und Negebruch werden alljährlich im Frühling von Überschwemmungen heimgekehrt. In diesem Jahr sind die Niederungen um Warthe und Nege in so weitem Umfange unter Wasser gesetzt, daß für die Bevölkerung schlimmster Schaden zu erwarten ist. Die außergewöhnlich großen Überschwemmungen haben hier seit der zweiten Hälfte des Krieges sich ziemlich in jedem Jahr wiederholt, so daß schwere Wassernöte fast schon zur Regel geworden sind. Eine Fortdauer dieser Schädigungen wäre für Ackerbau und Viehzucht, die in den meistbetroffenen Gegenden schon merklich heruntergekommen sind, nicht mehr zu ertragen. Immer dringender fordern daher die in ihrer Arbeit und ihrem Erwerb bedrohten Bruchbewohner durchgreifende Abhilfemaßnahmen.

Wasser, so weit das Auge reicht!

Wenn man, mit der Eisenbahn von Berlin kommend, bei Küstrin die Ober überschreitet und in das Gebiet ihres Nebenflusses Warthe eintritt, zeigen sich bald die Bilder der Überschwemmung. Sie wehren sich auf der Weiterfahrt nach Landsberg a. d. W. und lassen den Schaden ahnen, den diese ausgedehnten Uebersutungen dem Landstrich bringen. Schwer leidet der Kreis Landsberg a. d. W. und der ostwärts anschließende Kreis Friedeberg i. d. N., zu denen Warthebruch und Negebruch gehören. Dort sind 50 000 Morgen Land samt vielen Wegen so überschwemmt, daß manche Einzelgehöfte von jedem Verkehr abgeschnitten sind. In tiefer gelegenen Stellen steht das Wasser bis eineinhalb Meter hoch auf Wiesen und Aekern, und nicht abzusehen ist, wann diese Flut sich verlaufen haben wird. Mit aufsteigendem Grundwasser, das den Boden durchnäßt und die Bewirtschaftung erschwert, haben die Bruchbewohner stets, aber in neuerer Zeit immer mehr, zu kämpfen gehabt. Selbst in den Sommermonaten sieht man Gehöfte, die vom Wasser bedrängt bleiben. In den Frühjahrsmonaten kommt dazu das Hochwasser der Flüsse, das die Wasserschäden aufs Äußerste steigert. Ein besonders gefährdeter Punkt ist immer die Einmündung der Nege in die Warthe, weil hier die sich stauenden Wasser der Warthe in die Nege hineingedrängt werden und diesen sonst ziemlich harmlosen Nebenfluß aus seinen Ufern drängen. Von der Jakobbrücke, auf der man die Nege an ihrer Einmündung überschreitet, schweift der

Blick über die weite Wasserfläche, unter der das Land begraben liegt. Die Trostlosigkeit dieses Bildes kann auch durch die helle Frühlingssonne, die lachend das alles bescheint, nicht gemildert werden.

Der Schaden für die Landwirtschaft.

Nicht Wochen schon steht so das Wasser auf Wiesen und Aekern! Die Akerbestellung wird verzögert, und niemand weiß, ob er in diesem Jahr noch eine Ernte haben wird. Wenn die Wasserfluten sich noch im Mai oder im Juni verlaufen, muß immer noch drei bis vier Wochen gewartet werden, ehe auf dem überschwemmt gewesenen Land ein Geßpan gehen kann. Gibt es inzwischen ein paar starke Gewitterregen, so steigt das Wasser von neuem — und alle Hoffnung auf diesjährigen Ertrag aus dem Akerbau ist vernichtet. Nicht weniger wird durch die Überschwemmungen die



Viehzucht geschädigt. Die Wiesen werden verschlammmt, so daß sie ein Futter liefern, das dem Vieh Verdauungsstörungen und Krankheiten bringt. Den größten Schaden hat die Viehzucht von der gefährdeten Lebergeleuche, deren Verbreitung unter dem Vieh durch Futter von Überschwemmungsland begünstigt wird. Bis vor dem Kriege gehörte das Negebruch zu den besten Viehzuchtgebieten, aber die großen Überschwemmungen und unaufhörlichen Wassernöte des letzten Jahrzehnts haben hier die Viehzucht heruntergebracht. Das kranke Vieh flieht in den Ställen hin, und oft fehlen die Mittel, aus nicht überschwemmten Gebieten gutes Futter zu kaufen. Selbst Besther, die man früher zu den Wohlhabenden zählen konnte, sind in Schwierigkeiten geraten. Schon mancher hat, weil der geschmälerte Ertrag seiner Arbeit nicht mehr die Kosten des Lebensunterhaltes deckte, seinen Hof aufgeben müssen.

Wie soll geholfen werden?

Gegen diese Not rufen die Bruchbewohner nach Hilfe. Die Zunahme der Wasserschäden wird aus reichlichen Niederschlägen, aus starken Abholungen in den Zuflußgebieten und aus Versandung der Warthe und Oder erklärt. Die preussische Regierung weiß, wie es da draußen aussieht. Sie beabsichtigt auch, dem Landtag ein Gesetz zum Schutz des Warthe- und Negebruchs vorzulegen. Durchgreifende Maßnahmen werden geplant und die Vorentwürfe sind fertig. Für die Regeniederung von Drielen bis Jantoch und für das Warthebruch von Schwerin bis Küstrin soll eine geordnete Wasserwirtschaft geschaffen werden. Gedacht wird an Herstellung eines großen Randkanals für die Regeniederung, Ausbau der Vorkustonäle und Hauptgräben, Verbesserung der Eindeichung, um Hochwasser abzuhalten, Anlage von Schöpfwerken, um das hinter den Deichen sich sammelnde Wasser hinauszuschaffen. Aber mit den Beteiligten und den zu Beteiligten verhandelt man noch, und in einigen Bezirken fehlt es auch noch an Deichverbänden. So lange diese Träger des Unternehmens nicht da sind, gibt der Staat kein Geld. Die Gesamtkosten sind auf 8 Millionen veranschlagt.

Zu hoffen ist, daß alle Schwierigkeiten bald überwunden werden. Eine Wassernot, wie sie in diesem Jahr wieder über Warthebruch und Negebruch gekommen ist, darf sich nicht nochmals wiederholen. Nicht nur die Niederungen um Warthe und Nege, die unmittelbar betroffen werden, leiden schwersten Schaden. Auch das Wohl des Volksganges fordert es, daß in diesem fruchtbareren Landstrich nicht immer wieder der Ertrag von Akerbau und Viehzucht geschmälert oder vernichtet wird.

Auch eine Folge des Finanzausgleichs.

Keine Berufs- und Fachschulausbildung.

Wenig erbauend ist die Auskunft, die von der Verwaltung der Berufs- und Fachschule über die üble Auswirkung des Finanzausgleichs erteilt wurde. Die bestehende außerordentliche Raumnot wird mit den beschränkten Mitteln der Stadt noch immer nicht behoben werden können.

Die Folge liegt klar auf der Hand. Die Hausväter und weiblichen Hausangehörigen können nicht beschult werden. Der Hauswirtschaftsunterricht kann nicht in dem nötigen Umfange erweitert werden. Die durch Ortsgesetz vorgesehene Stunde für Leibesübungen kann nur in beschränktem Umfange stattfinden und von der seitens der Landwirtschaftskammer und der städtischen Überverwaltung gewünschten Landwirtschaftsschule kann überhaupt keine Rede sein. Die höheren Fachschulen können nicht so mit Vehrsmitteln versehen werden, wie es der Stand der Technik und des Kunstgewerbes erfordert. Die Laboratorien verfallen immer mehr. Die Werkstätten zur Ausbildung der Qualitätsarbeiter sind einfach ungenügend. Die früher vorbildlichen Fach- und Berufsschulen von Berlin werden von auswärtigen Schulen überflügelt werden. Handel, Gewerbe und Industrie werden diese Not des Berliner Haushalts in naher Frist zu spüren bekommen und unser Nachwuchs wird für den Lebenskampf ungenügend gerüstet sein. Es ist nur dringend zu hoffen, daß auch hier die Stadt bald in der Lage ist, ihre zwangsläufig aufgeschobenen Absichten auszugreifen und durchzuführen.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

41) Roman von Frith Red-Mallecewen.

Die kleine Sif ist so perplex, daß sie gar nichts verstanden hat. So verwirrt von dem Erscheinen der Witwe Grandjean ist die kleine Sif, daß sie im Augenblick gar nicht darauf kommt, das fortgeworfene Perlenkollier genau zu beschreiben und auf diese Weise ihre Täterschaft nachzuweisen. Die kleine Sif ist nicht einmal imstande, sich ein wenig zu freuen über die Tatsache, daß sie nun doch keine Mörderin ist. Im Hirn der kleinen Sif erhebt sich im Augenblick mit aller Hartnäckigkeit nur ein einziger Gedanke: daß sie eigentlich es ja doch getan hat, daß die Witwe Grandjean ja nur durch einen Zufall am Leben geblieben ist, und daß man trotz allem hühen muß, wenn man zurück will zu seinem Frieden. Da steht sie denn da mit hilflos am Leibe herabhängenden Armen. „Ich habe es trotzdem getan,“ sagt schließlich ganz leise die kleine Sif.

Da aber geschieht es, daß der Hohepriester sein Gewand zerreiht, und daß im Tempel der Vorhang klappt, und daß der „kleine Wütende“ ohne Anwendung seiner Westinghouse-Bremsen sie anfährt: daß sie eine schlimme, eine verlogene hysterische Person sei, daß sie sich wichtig machen, daß sie sich mit ihren Schwindelstücken eine kostlose Ueberfahrt nach Europa habe verschaffen wollen.

Und da, als sie zu Ende ist, diese väterliche Ermahnung, die Wort für Wort noch zwei Etagen tiefer im Keller gehört wird, da ist es eine schreckliche Klarheit, die sich aufbaut vor der kleinen Sif: daß alles Leid und alle Qual umsonst gewesen ist, daß sie beschmutzt ist von einer häßlichen Alberei des Lebens, daß sie beschmutzt und lächerlich weitergehen soll samt ihrer Schuld. Und nun ist es an ihr, aufzuschreiben in ihrer Not, und nun ist es die große Empörung, die über sie gekommen ist. „Ach, was wissen sie denn, diese schmissebedeckten Röhre und Stöcke ringsum von dieser Wut, die geboren ist aus dem guten, dem anständigen Bedürfnis nach Sauberkeit und aus dem sinnlosen Leiden der Kreatur: „Und trotzdem habe ich es getan! Und wenn es nicht so geworden ist, so ist das mein Verdienst nicht. Und weil es nicht mein Verdienst ist, so ist es meine Schuld. Und weil es meine Schuld ist, so muß ich mein Recht haben. Mein Recht... ja, sagt doch, was ihr wollt!“

Dagestanden mit blühenden Augen und geballten Fäusten und einem heiligen Korn, der schließlich ersticht in krampfhaftem, wütenden Schluchzen.

„Hinaus!“ schreit der „kleine Wütende“ und springt auf und verhaftet sich mit seiner Robe an der Tischkante, daß es einen Rud gibt und einen wirklichen Riß in der schwarzen Toga vom Saum bis zu den Hüften. Da müssen die anderen, der Zeuge Kerschlag und der Doktor Bonnellisch, der Referendar Thorpost und Gerichtsdienner Krause II... da haben sie allesamt plötzlich gerade mal was unter dem Tisch zu suchen und fangen merkwürdig zu zittern an mit ihren Rücken und haben rote Köpfe, als sie nach einer Weile wieder austauschen. Da wird, gestützt von einem Weinkrampf, die kleine Sif aus dem Saale geführt.

Da liegt sie auf ihrer Britsche und sieht den roten Sonnenfleck nicht, den der grimmig kalte Tag hineinschickt in die Zelle Nr. 376. Das Schluchzen aber dauert volle zwei Stunden an... oh, so entsetzlich ist dieses Schluchzen, daß es die Wärterin selbst erbarmt, und daß dieses alte Weib an dem Lager der kleinen Sif sitzt und tut, was sie noch nie getan hat, und das blonde Haar mit der dicken weichen Strähne streicht. Menschenweib zu Menschenweib, und Schwester zu Schwester.

Die kleine Sif aber merkt es nicht. Sondern ist eingeschlafen in tiefer Erschöpfung.

Schläft und sieht nun ein merkwürdiges Bild: sieht einen Pfahl und daran einen schönen nackten Knaben hängen, und Pfeile haben den Jünglingskörper durchbohrt... in der Hüfte lange gesiederte Pfeile, kurze dicke Pfeile in der mageren Brust. Und Tiere ziehen heran, ein langer, langer Zug: Ochsen mit zerströmtem Fell und alte blinde müde Pferde mit tiefen eiternden Wunden im Rücken und hintende fromme Esel mit gebrochenem Rückgrat. Und neigen sich in die Knie vor dem Marterpfahl, ein jedes eine kleine Weile, und ziehen weiter.

Und verhäufte Menschenkinder kommen... ratlose Mütter mit toten Kindern im Arm, und alte Dirnen mit stumpfem Blick, und die verlorenen Söhne aus der weihnachtlichen Vorstadtkirche Santa Semana in Barracas el Norte und beschmutzte kleine Sifs — ein langer, langer Zug von Menschenleid. Und neigen sich alle eine kleine Weile stumm vor dem Pfahl und ziehen weiter. Und liegen bleibt auf den Knien nur ein verhäufte Weib, das hebt die gefalteten Hände empor zu dem Gefesselten in unsahbarem Schmerz. Da zerfallen plötzlich die Schleier, und da sieht sie, daß sie es selbst ist, die da liegt. Und dann zerfallen auch die Stricke des Gefesselten, und da ist der magere schöne Knabe vornüber gesunken in ihre Arme. Und sie hält ihn auf ihren Knien, wie ein anderes schmerzliches Weib den Sohn.

Da wacht sie auf und liegt im Untersuchungsgefängnis Roabit in der Zelle Nr. 376, die nun schon bitter kalt ist.

Leb, weiß nicht wie lang,
Sterb, weiß nicht wann,
Fahr, weiß nicht wohin,
Weiß nicht, was ich so frühlich bin.
Altes Lied.

Die Entlassungsformalitäten aber für frei gewordenen Untersuchungsgefangene sind kurz. Sie wickeln sich um so rascher ab, je mehr die Staatskasse zu besüßenden hat, nutzlos einen Untersuchungsgefangenen zu füttern.

Da wird sie also auf irgendeiner Hintertreppe in ein Bureau geführt, in dem hinter einer Holzgalerie und vor einem offenen Kassenschrank ein gelbgesichtiger Mensch seines Amtes waldet und den zur Entlassung Kommenden ihre Habseligkeiten und ein Merkblatt des Vereins zur Versorgung entlassener Gefangener aushändigt.

Habseligkeiten hat die kleine Sif nicht mitgebracht in dieses Haus, o nein. Und das Merkblatt jenes in seiner Wirksamkeit durchaus nicht zu unterschätzenden Vereins hat sie dann sogar noch in der Hand, als sie eine halbe Stunde später das Haus verläßt. Und als ihr, die für diesen Bureau-menschen da offenbar geistig außerstande ist, den Entlassungsbeschluss in seiner Tragweite zu begreifen... als ihr dann eröffnet wird, daß von der Familie ihres Mannes hier die gleich auszuhändigende Geldsumme deponiert sei, daß sie über sonst so viel Zehntausende zu quittieren habe, daß sie aber im übrigen gehen könne, wohin sie wolle: siehe, da hört dieser von außergewöhnlichen Schicksalen doch wohl unberührt gebliebene alte Rechnungsrat von ihr nur immer wieder die halblaut gemurmelten Worte, daß sie es trotzdem getan habe, daß sie es eigentlich habe tun wollen und daß sie ihr Recht verlange...

Worauf er kopfschüttelnd die Quittung der kleinen Sif heftet und in seinem Journal den einschlägigen Vermerk macht und ihr bedeutet, daß sie nunmehr fortgehen solle.

Und die kleine Sif geht. Da ist ein langer Korridor mit römischen, nach der Wilsonader Straße sich öffnenden Rundbogenfenstern, da erhebt sich von einer der hier für den Parteienverkehr stehenden rohgestochenen Bänke in Pelz und Gummigalochsen ein Mann... ja und plötzlich steht die kleine Sif dem Schwager Leg gegenüber.

Der Schwager Leg, lebenslüchtig im Gegensatz zu seinem Bruder Robby und gewohnt, den Lebensnotwendigkeiten ohne Umschweife zu begegnen, eröffnet ihr, daß sie nach dem Vorgefallenen selbstverständlich die Familie eine Scheidungsklage habe einreichen müssen; daß sie sich fortan nicht mehr dem Hause Bruckner zählen dürfe, daß er aber, in Anbetracht der besonderen Umstände, sich verpflichtet fühle... (Fortsetzung folgt.)

Berlin und der Städtetag.

Der Konflikt zwischen Reichshauptstadt und Städteorganisationen.

In Koblenz trat am Montag der Vorstand des Deutschen und des Preussischen Städtetages zu einer Sitzung zusammen, die sich vorwiegend mit den Fragen des Finanzausgleichs befaßte und bis gestern andauerte. Die schwere Benachteiligung, die Berlin beim letzten Finanzausgleich erfuhr, hat den Oberbürgermeister Böß zu einem Schreiben veranlaßt, in dem dieser gegen die Haltung des Städtetages protestierte und auf Grund einer Resolution der Stadtverordnetenfraktion den bevorstehenden Austritt Berlins aus dem Städteverband ankündigte. Mit dieser Begründung hatte er auch die Teilnahme an der Tagung abgelehnt.

Die Vorstandssitzung der beiden Städtetage hat nun in einer Resolution die Beschwerden Berlins zurückgewiesen und sich ziemlich schroff dagegen gewandt, daß Reinigungsverschiedenheiten zwischen den Städteverbänden und seinen Vorständen in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden, und das in einer Weise, die die Gesamtinteressen aller Städte schädigen müßte. Die Entschliebung bedauert die Abwesenheit des Oberbürgermeisters Böß von dieser Sitzung, bei der man wahrscheinlich eine Verständigung gefunden hätte, und appelliert an die Solidarität der deutschen Städte.

Wie wir dazu hören, hätte es dieses Appells des Städtetages an Berlin nicht bedurft. Trotz der herrschenden Mißstimmung gegen die Haltung des Preussischen Städtetages beim letzten Finanzausgleich, die in der eingangs erwähnten Stadtverordnetenversammlung ihren Ausdruck gefunden hat, bestand im Magistrat und bei den Fraktionen des Rathauses Übereinstimmung darüber, daß man vorläufig die Mitgliedschaft zum Städtetag nicht kündigen will. Zweck der Entschliebung war es ja gerade, die Spitzenorganisationen der Städte darauf hinzuweisen, daß Berlin sich in keinen berechtigten Interessen benachteiligt fühlt und insoweit eine Revision der Haltung des Städtetages verlangen muß. Daß man den Konflikt nicht so schwer angesehen hat, geht ja auch daraus hervor, daß die persönlichen Vorstandsmitglieder des Städtetages aus Berlin an der Sitzung in Koblenz teilgenommen haben. Auch ohne die Entschliebung, die dort gefaßt wurde, hätte man also versucht, eine Einigung über die strittigen Fragen herbeizuführen. Es besteht die Absicht, nach dieser Richtung dem Vorstand des Städtetages Vorschläge zu unterbreiten, die eine Verständigung zwischen ihm und der Reichshauptstadt ermöglichen und so den Konflikt aus der Welt schaffen — was im Interesse der Zusammenarbeit aller Städte auch das richtigste ist. Daß dabei die berechtigten Ansprüche der Stadt Berlin gewahrt werden müssen, ist selbstverständlich.

Die Eröffnung des Müggelspreetunnels.

Die Arbeiten im Müggelspreetunnel, wie Hiesensegung, Lichtanlage und die Schaffung von Entlüftungsanlagen, gehen nunmehr ihrer Vollenendung entgegen. Das Eingangsgebäude an der Friedrichshagener Seite ist nahezu fertig, nur das an der Müggelseite ist noch etwas weiter zurück. Schon jetzt macht aber das Unvollendete einen hübschen, ansprechenden Eindruck, da es sich ganz dem Gelände anpaßt. Von der Eingangshalle führen 48 Stufen, die durch drei Podeste unterbrochen werden, zur Sohle des Tunnels, der insgesamt 120 Meter lang ist. Davon liegen etwa 80 Meter unter Wasser. Der Tunnel ist 5 Meter breit und 2,50 Meter hoch. Der Tunnel soll nunmehr am Himmelfahrtstag eröffnet werden. Damit hat Berlin ein Werk geschaffen, das, abgesehen von seiner architektonischen Wirkung, Hunderttausenden die Bedeutung der Schaffung von Groß-Berlin einhämmern wird und gerade an dieser Stelle das sichtbarste Denkmal für den Unfuh der „Los-von-Berlin“-Bewegung bedeutet.

Neue Berliner Autobuslinie.

Wie schon vor einiger Zeit angekündigt, hat die „Aboog“ nunmehr gestern eine neue Autobuslinie in Betrieb genommen, die den Vororten Steglitz, Südende und Lantwih die seit langem gewünschte bessere Querverbindung zwischen den einzelnen Ortsteilen, namentlich auch zwischen Steglitz und Lantwihger Rathaus bringt. Die Autobusse fahren vom Bahnhof Steglitz aus durch die Albrechtstraße, Siemensstraße, Viktoriastraße, Bahnhof Lantwih (Rathaus), Lutherstraße nach der Mariensfelder Straße (Gemeindepark). Eine Nummernbezeichnung führt die neue Autobuslinie nicht, auch schließt der Fahrpreis von 20 Pf. keine Umsteigerberechtigung ein. Die Fahrzeit beträgt zwischen den beiden Endpunkten circa 16 Minuten. Die Bogen verkehren vom Bahnhof Lantwih ab in der Zeit von 6 Uhr früh bis 9 Uhr vormittags alle 20 Minuten, von 9,30 bis 12 Uhr alle 30 Minuten, von 12,30 bis 20,00 alle 20 Minuten und von 20,30 Uhr bis 22 Uhr alle 30 Minuten; in der umgekehrten Richtung verkehren die Autobusse vom Bahnhof Steglitz während der Zeit von 6,20 Uhr bis 9 Uhr vormittags alle 30 Minuten, von 9,30 bis 12 Uhr alle 30 Minuten, von 12,30 bis 20 Uhr alle 20 Minuten und von 20,30 Uhr bis 22,30 Uhr alle 30 Minuten.

Er liebt das Leben...

Für den 21jährigen Kaufmann Walter Schumann, der vom Schwurgericht des Landgerichts II wegen des Raubmordes an dem Tabakhändler Wurgel in Reußlin zum Tode verurteilt war, haben die Rechtsanwälte Dr. Mendel und Dr. Aron, nachdem das Todesurteil durch Berufung der Revision beim Reichsgericht rechtskräftig geworden ist, ein Gnaden-gesuch beim preussischen Staatsministerium eingereicht, das sich namentlich auf die Jugend des zum Tode Verurteilten stützt. Schumann hat selbst auch ein schriftliches Gnadengesuch gemacht, in dem er gegen die Vollstreckung der Todesstrafe den Einwand erhebt: „Ich liebe das Leben“.

Zehnjahreskarten und Unfallversicherung.

Die in einigen Oberpostdirektionsbezirken probeweise eingeführten sogenannten Zehnjahreskarten haben sich bewährt. Das Reichspostministerium hat daher die Beibehaltung dieser Einrichtung unter einheitlichen Bedingungen genehmigt. Die Karten berechtigen zu zehn Fahrten innerhalb von zwei Monaten und sind übertragbar. Die daraufhin eingeräumte Fahrpreisermäßigung von 20 v. H. wird in weiten Kreisen der Bevölkerung, die auf häufigere Benutzung von Kraftpostlinien angewiesen ist, mit Genugtuung begrüßt werden. — Noch eine andere Neuerung im Kraftpostverkehr wird am nächsten bekanntgegeben. Das Reichspostministerium hat zugunsten aller Reisenden, die die Kraftposten benutzen, eine Unfallversicherung abgeschlossen, die für den Reisenden den Vorteil hat, daß die Geltendmachung von Ansprüchen nicht von dem im Prozeß oft

schwer zu erbringenden Nachweis des Verschuldens abhängig ist und für Unfälle der Höhe nach als zeitgemäß aussprechende Entschädigungen vorgesehen sind. Diese Neuerung stellt einen Fortschritt gegenüber der bürgerlichrechtlichen und postgesetzlichen Regelung dar. Die Reisenden, die bei Benutzung eines fremden Kraftwagens vielfach gar nicht wissen, welche ungünstige Stellung sie bei Unfällen gegenüber dem Kraftfahrzeughalter haben, werden es besonders begrüßen, daß sie in den Genuss des ihnen von der Deutschen Reichspost gewährten Rechtsschutzes zu sehr günstigen Bedingungen treten.

Immer wieder der § 218.

Gefängnis für eine „weisse Frau“.

Eine Elektromonteursfrau aus Oberschöneweide war seit Jahren dafür bekannt, daß sie Mädchen und Frauen in gewissen unerwünschten Räten beistehe. Ihre Wohnung wurde förmlich überlaufen. Alles ging gut, bis eines Tages ein anonym Brief die Kriminalpolizei auf diese Vorgänge aufmerksam machte. Sie nahm bei der Frau eine Hausdurchsuchung vor, in deren Folge sie sofort verhaftet wurde. Unter dem ersten Eindruck der Freiheitsberaubung gab die Frau zu, in etwa zehn bis zwölf Fällen die Abtreibung vorgenommen zu haben und dafür 3 bis 15 Mark Entgelt erhalten zu haben; die Mädchen seien in ihrer Not zu ihr gekommen und sie habe etwas für ihren Haushalt hinzuzuerdienen wollen. Nur in zwei Fällen mußte sie die Namen der Mädchen.

Gestern stand nun die 51jährige, geistig ein wenig beschränkte verheiratete Frau S. vor dem Landgericht II. Sie versuchte anfangs ihre Geständnisse bei der Polizei zurückzunehmen, gab aber schließlich alles zu. Ihre Hausnachbarn waren auf sie nicht gut zu sprechen; sie habe ihre Dienste Mädchen in manchen Fällen direkt ausgedrängt; es sei stets Hochbetrieb in ihrer Wohnung gewesen. Der Staatsanwalt sprach von der Gefahr der weißen Frauen im allgemeinen und von der Gewinnsucht der Frau S. im besonderen. Er forderte drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger Dr. Ehrlich machte für seine Klientin das Volksbewußtsein geltend, das den § 218 verneine; er schob die Verantwortung für die Existenz der weißen Frauen eben diesem Paragraphen zu und widersprach dem hohen Strafmaß unter Bezugnahme auf den Apotheker Heiser, der für seine 400 Abtreibungsfälle nur drei Jahre Zuchthaus erhalten habe. Das Gericht verurteilte die 51jährige Frau zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft und zu fünf Jahren Ehrverlust; es verfügte auch die sofortige Verhaftung der Frau S. Die Strafe habe nicht zu niedrig ausfallen können, da sie in ähnlichen Fällen eine abschreckende Wirkung ausüben sollte. Zwei Jahre seien eine angemessene Sühne.

Die Angeklagte, die das Urteil nicht verstanden zu haben schien, brach in lautes Weinen aus, als der Verteidiger ihr es erklärte. Mit ihr schied ihre Tochter und eine Anzahl anwesender Frauen. In diesem Augenblick schien auch das Gericht ein wenig nachdenklich zu werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht auch eine geringere Strafe in diesem Falle eine ausreichende Sühne gewesen wäre. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die Überfremdung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht gerechtfertigt erscheint. Die Verhaftung aus dem Gerichtssaal heraus mußte von der Frau, bei der ein Fluchtverdacht nicht bestehen konnte, wie auch von ihren Angehörigen als allzu grausam empfunden werden. Hoffentlich erhält die Verurteilte auf einen Teil der Strafe Bewährungsfrist. Die Gefahr, die die weißen Frauen bedeuten, wird durch hohe Strafen keineswegs gebannt werden, solange der § 218 in dieser Fassung existiert. Man sorge für seine Abschaffung und für die Ausklärung der breiten Massen der Bevölkerung über empfindungsberühmte Mittel. Im übrigen will es doch fast den Anschein haben, als bedeute der § 218 in der neuen Fassung, der die gewerbmäßige Abtreibung an die „Schwurgerichte“ verweist, trotz seiner Wiederum in Wirklichkeit eine Verschärfung; es gibt eben hier keine Berufung.

Das Sportfest im Viktoriagarten fällt aus.

Der Vorstand des Arbeiter-Sport-Kartells Wilmersdorf hat beschlossen, das zum 15. Mai vorbereitete Saalportfest im Viktoriagarten, Wilmersdorf, nicht stattfinden zu lassen. Im Viktoriagarten wurden am 8. Mai Stahlhelmsleute verpflegt und dadurch mitten in Wilmersdorf ein Heerlager des Stahlhelms ermöglicht. Da das Lokal für die Veranstaltung einer linksgerichteten Organisation derweilert wurde, mag sich der Inhaber des Viktoriagartens mit der Rundschau der 80 Stahlhelm-Mitglieder in Wilmersdorf begnügen. Die zum Saalportfest ausgegebenen Karten sind von den Vereinen an den Kassierer des Kartells zurückzugeben. Die bereits verkauften Karten haben Gültigkeit zum Eintritt bei dem am 29. Mai stattfindenden Kartellsportfest auf dem Hubertusplatz. Die 1-Mark-Karten gelten dort für zwei Personen.

Roman Rollands dreifaches Revolutionsdrama „Die Wölfe“, Mittwoch, 11. Mai, Kriegervereinshaus, Ufastr. 94, Donnerstag, 12. Mai, Andreaskirche, Andrastr. 21, Freitag, 13. Mai, Brandstraße 13. Am Treptower Park, jeweils abends 8 Uhr, zum Eintrittspreis von 80 Pf., im Rahmen der Rotbandvorstellungen der Bühnengemeinschaft.

Funkwinkel.

Der Abend brachte Ludwig Thomas Einakter „Die Redakteur“. Die kleine Komödie, die ganz stark auf Dialogwirkungen gestellt ist, zeigte sich als außerordentlich funktgeignet. Man hatte keine helle Freude an dieser humorvollen Charakteristik des Beamten- und Bauernstandes, die auch von Schauspielern und Regie mit Lust und Liebe herausgearbeitet wurde. Die Funkkapelle leitete den Abend verständnisvoll mit der Widschütz-Ouverture ein, schloß ihn dann aber etwas befremdlich mit einem den üblichen Nachmittagskonzerten entlehnten Programm. Zu dem Thoma-Einakter gab Dr. Anton Szabos Einführung, in der er das schriftstellerische Schaffen dieses bayerischen Humoristen gründlich und liebedeul darlegte. Professor Dr. Alfred Ranes schloß seinen Vortragszyklus „Personenversicherung“ mit Ausführungen über die „Krankenversicherung“. Er behandelte im wesentlichen die privaten Krankenversicherungen und die sozialen Probleme, die sie ausbeden. Erst seit der Inflationsszeit sind diese Versicherungen zu ungeahnter Blüte gekommen. Das beweist, daß weite Kreise heute gezungen sind, auf diesem Wege Mittel für den Fall von Erkrankung sicherzustellen. Das beweist aber weiter, und diese letzte Konsequenz zog Dr. Ranes nicht, daß die Proletarisierung mit ungeheurer Schnelligkeit um sich greift — wenn auch der Dünkel einzelner Klassen von der Bezeichnung Proletariat noch immer abrückt — und daß es nicht allzu lange dauern wird, bis die Frage einer einheitlichen Krankenversicherung der gesamten werktätigen Bevölkerung mindestens zu einem wichtigen Problem werden wird. I. S.

Die Altenaffären.

Das Urteil gegen Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer rechtskräftig.

In der Altenaffäre der Justizbeamten Koffel und Bahlke war auch der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer zu einem Jahr Gefängnis wegen Beihilfe und Befestigung verurteilt worden. Er so wohl wie der Justizbeamte Koffel hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung fand gestern statt. Nach Beendigung der Vernehmung des Mitangeklagten Koffel erbat Rechtsanwalt Dr. Alsbach eine Pause. Es folgte darauf eine Rücksprache der Beteiligten, und nach Wiederaufnahme der Verhandlung gab Dr. Alsbach für den von ihm verteidigten Dr. Meyer die Erklärung ab, daß dieser seine Berufung zurückziehe. Oberstaatsanwalt Binder ersuchte daraufhin auch die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung, soweit sie Dr. Meyer betrafte, zu verwerfen. Durch einen diesem Antrag entsprechenden Gerichtsbeschluss wurde die gegen Dr. Ludwig Meyer ergangene Strafe damit rechtskräftig. Wehr Glüd hatte Justizobersekretär Koffel, der zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Berthauer legte dem Gericht dar, daß Koffel sich nur der einfachen Altenbeihilfe schuldig gemacht habe. Da die Alten nicht zu seinem zuständigen Dienstbereich gehörten, liege nicht ein erschwertes Amtsverbrechen vor. Die Strafkammer schloß sich diesen Rechtsauffassungen an und setzte die Strafe auf 1 1/2 Jahre Gefängnis fest.

Die plötzliche beiderseitige Zurücknahme der Berufung im Prozeß gegen Dr. Ludwig Meyer kam ganz unerwartet. So wie die Dinge sich aber in der Gerichtsverhandlung zu gestalten drohten, war diese Zurücknahme allerdings das einzig Ratfame. Der Angeklagte Koffel hatte im Gegensatz zu seiner Aussage in der ersten Instanz diesmal bekundet, daß er mit der Vernichtung der Akten durch Rechtsanwalt Dr. Meyer gerechnet habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Marschner, hatte den Angeklagten Rechtsanwalt Meyer auf die Möglichkeit der Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte aufmerksam gemacht. So entschloß sich sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Alsbach, nach Rücksprache mit dem Oberstaatsanwalt Binder und seinen Klienten zur Zurücknahme der Berufung. In dem Augenblick, als das geschah, brach Meyer mit einem lauten Ausruf zusammen. Er wird wohl noch bis zum letzten Augenblick gehofft haben, seine juristische Unschuld nachzuweisen. Die Abkennung der Aussage des Angeklagten Koffel schmitt ihm jedoch jeden Ausweg ab. Die Affäre Meyer ist dadurch endgültig abgeschlossen. Er hat als Rechtsanwalt gegen seinen Stand und gegen die Rechtspflege schwer gesündigt, ist dafür auch schwer gestraft worden. Schade um den Menschen. Ein jeder, der seine bescheidene und unausdringliche Art kannte, konnte ihm keine Sympathie nicht versagen. Hoffentlich gelingt es ihm noch einmal, in das bürgerliche Leben zurückzukehren. Die Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte aber hätte ihm diese Rückkehr außerordentlich erschwert.

Der durch seine vielen Kriminalaffären bekanntgewordene Leutnant a. D. Krull sollte gestern aus der Strafanstalt Tegel, in der er gegenwärtig eine Strafe verbüßt, nach Roabit übergeführt werden, da er sich gestern vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen einer weiteren Anklage zu verantworten hatte. Der Gefangenentransport ging über das Amtsgericht Weihensee. Dort ist es Krull gelungen, aus dem Polizeiwagen zu entweichen. Er hatte so gar die Dreifaltigkeit, sofort nach Roabit zu fahren, obwohl er dort von seinen vielen Prozeßgenossen her hinreichend bekannt ist. Als Grund für seine Entweichung gibt Krull an, daß ihm bei seinem letzten Prozeß vor dem Schöffengericht Schöneberg Unrecht geschehen sei, und daß er zunächst abwarten wolle, welchen Ausgang die von Rechtsanwalt Dr. Reimold in seinem Auftrage beim Justizminister vorgenommenen Vorstellungen haben werden. Das Bestreben Krulls geht dahin, bis zur Erledigung seiner Beschwerden Strafaufschub zu erlangen. Er will sich dann wieder freiwillig in Tegel stellen. Uebrigens schwebt gegen Krull auch ein Ermittlungsverfahren in der Altenbeseitigungsaffäre des Bankiers Kunert. Es soll sich dabei um Steueraktien Kunerts handeln.

Das Paradies der kleinen Sünder.

In Ahrensfelde brauchte niemand Strafe zahlen.

In der Gemeinde Ahrensfelde bei Berlin müssen im vorletzten Jahre goldene Zeiten für kleine Gefehesünderer geherrscht haben. Zahlreiche Leute, insbesondere Radfahrer, die über Straßen gefahren waren, wurden zwar dort vom Landjäger wegen Uebertretung der Polizeivorschriften aufgegriffen, erzielten aber keine Strafmandate, obwohl diese von dem Amtsvorsteher fertig ausgehrieben und dem damaligen Postausgehilfen und späteren Amtssekretär Sch. zur Aufgabe bei der Post übergeben worden waren. Schließlich wunderte sich der Amtsvorsteher, daß keine Strafgelder eingingen, und er fragte deshalb bei dem Sch. an. Auf dessen Versicherung, daß alles richtig erledigt worden wäre, ordnete er nun Erinnerungsschreiben an, jedoch es lief wieder kein Geld ein. Als sich auch die Landjäger sich zu wundern anfingen, und der Sache gründlich nachgegangen wurde, war bald des Rätsels Lösung gefunden. Hinter Akten verstaubt wurden im Amtsbureau nicht weniger als 124 Strafmandate gefunden, die von Sch. gar nicht abgeholt worden waren. Bei 74 war inzwischen soviel Zeit verstrichen, daß die Uebertretung verjährt war, das Strafmandat also nicht mehr erneuert werden konnte. Jetzt fanden auch Wohnungen des Landrats sowie andere Klagen über Zahlungen von Gemeindegebern ihre Aufklärung. Sch. hatte verschiedentlich für andere Behörden eingezogene Gelder sowie sonstige Beträge nicht ordnungsmäßig abgeliefert und die Erinnerungsschreiben nicht vorgelegt, so daß der Amtsvorsteher keine Abnung von der Richterledigung hatte. Erst auf energisches Befragen hatte Sch. dann Postquittungen über die eingezahlten Beträge, die ein viel späteres Datum aufwiesen, vorgelegt. Aus allen diesen Umständen wurde angenommen, daß Sch. zunächst die Gelder unterschlagen hatte. Er wurde daraufhin vom Schöffengericht nur zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, weil er zurzeit noch kein festangestellter Beamter gewesen war, also nur einfache Unterschlagung in Frage kam. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer des Landgerichts III suchte er sich mit Arbeitsüberlastung herauszureden. Jedoch zog er es dann vor, die Berufung zurückzunehmen, weil ihm der Verlust der Bewährungsfrist drohte.

Der Kampf mit dem Drachen.

Große Furcht vor unbekanntem Luftschiffen hat in Nordböhmen der Scherz eines jungen Mannes verursacht, der in einer der letzten Nächte einen Drachen, den er beluchte hatte, aufsteigen ließ. Die Erscheinung wurde als Himmelersehung aufgefaßt und erschien auch so in den Blättern. Tschechische Blätter nahmen die Nachricht auf und machten sofort mobil, da es sich nur um „Luftschiffe“ handeln konnte. Das unerklärliche komatartige Fallen der Himmelersehung wurde gar bald aufgeklärt, als der Drachenzüchter erzählte, der Drache sei eben einmal „geschossen“.

Beachten Sie bitte die Kochanweisung,

die jedem Würfel von MAGGI[®] Suppen aufgedruckt ist. Sie ist zwar sehr einfach, aber natürlich nicht für jede der vielen Sorten die gleiche. Verfahren Sie nicht nach Guldäulen. Nach Vorschrift gekocht, schmecken MAGGI[®] Suppen delik.

Die Ferien Sonderzugkonferenz. Keine 2. Klasse mehr!

Nach den Beschlüssen der diesjährigen Ferien Sonderzugkonferenz, die dieser Tage in Baden-Baden stattfand, werden auch in diesem Sommer wieder Ferien Sonderzüge in großer Zahl gefahren werden. Verteilt auf die Monate Juni, Juli und August, je nach dem Bedürfnis aus Anlaß der Gerichts- und Schulferien und auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre, wird die Zahl der diesjährigen Ferien Sonderzüge die des letzten Sommers zum mindesten erreichen.

Alle deutschen Erholungsgebiete, See sowohl wie Gebirge, werden aus allen deutschen Gauen mit Sonderzügen besichtigt werden. Der Zugzahl nach steht an der Spitze der Reiseziele wieder der Süden Deutschlands: die bayerischen Alpen, das Allgäu und der Schwarzwald. In der Gegenrichtung, zu den Bädern der Ost- und Nordsee, werden weiß über 100 Züge die Erholungsbedürftigen führen. Die deutschen Mittelgebirge und der Rhein sind gleichfalls reich mit Zügen bedacht worden. Berlin, der Sommer- und Ausgangspunkt vieler Reisen, ebenso Ostpreußen und Oberschlesien erhalten eine große Zahl Sonderzüge von und nach allen Richtungen. Die Zugzahl ist danach recht reichlich bemessen worden, obwohl die Konferenz zu der Ansicht neigte, daß die Zahl, ähnlich wie in den Vorkriegsjahren, wieder mehr den Erfordernissen des Betriebs anzupassen sei, da die Zugverbindungen der Vorkriegsjahre an planmäßigen Zügen wieder nahezu erreicht und da außerdem noch die früher nicht getanen beschleunigten Personenzugverbindungen billige Reisen auf weite Entfernungen gestatten. Die Fahrpreisermäßigung von 33 1/2 Proz. für Hin- und Rückfahrt bleibt die gleiche wie bisher. Die Rückfahrt, die innerhalb zweier Monate mit allen Zügen des öffentlichen Verkehrs erfolgen kann — bei Schnellzügen unter Zahlung des Schnellzuschlags —, kann künftig beliebig oft unterbrochen werden, was von den Reisenden sicherlich sehr begrüßt werden wird. In den Zügen wird nur noch die dritte Wagenklasse geführt werden. Der Befall der zweiten Wagenklasse ist damit begründet, daß nach den gemachten Erfahrungen ein betriebliches Bedürfnis zur Führung dieser Klasse nicht besteht, da in den planmäßigen Zügen Plätze für Fahrgäste zweiter Klasse genügend vorhanden sind. Außerdem liegt ein soziales Bedürfnis nicht vor und endlich würden durch das Mitführen der Wagen zweiter Klasse die Wagen dritter Klasse vermindert, so daß die Gesamtzahl nicht unwesentlich eingeschränkt war. Bestellungen auf Fahrkarten sind wie im vorigen Jahre schriftlich zu machen. Für Gesellschaften von sieben Personen können auf Antrag Abteile reserviert werden. Alle Einzelheiten über die Vertehrstage und -zeiten werden in den nächsten Tagen durch die Zeitungen, durch Anschlag und besondere Heften bekanntgegeben werden.

Posträuber.

Der Trick des Bureauboten.

Einbrecher suchten, wie wir seinerzeit mitteilten, in der Nacht zum 30. April d. J. das Postamt Sperenberg heim. Sie erbeuteten 17 000 Mark, zum kleinsten Teil in barem Gelde, zum größten Teil in Brief- und Versicherungsmarken aller Art. Kurz darauf erhielt auch das Postamt Groß-Bustrow unerwarteten nächtlichen Besuch. Die Einbrecher, die auch hier vom Hofe aus eingedrungen waren, versuchten einen Geldschrank aufzuknabern, entflohen aber, als Hunde anklagten und der Postbeamte herunterkam, ohne Beute und ließen ihr Werkzeug zurück. Die Spur der Sperenberger Kolonne führte nach Berlin-Lichtenberg. Sie fuhr mit einem Auto dorthin zurück und warf unterwegs eine Ladung mit Postanweisungen, die für sie wertlos waren, weg. Die Sonderdienststelle B 6 der Kriminalpolizei ist diesen Verbrechern auf der Spur. Auf ihre Ergreifung hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 1000 Mark für zweckdienliche Mitteilungen aus dem Publikum ausgesetzt, außerdem 10 Proz. des Wertes des wieder herbeigeschafften gestohlenen Gutes an Geld und Wertgegenständen. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Büniger im Polizeipräsidium entgegen.

Ein raffinierter Diebstahl, der die Postbehörden beschäftigte, ist jetzt aufgeklärt. Eine größere Firma im Zentrum Berlins ließ ihre Postfächer regelmäßig von einem 18-jährigen Bureauboten nach dem Amt besorgen, so kürzlich auch einen Wertbrief mit 375 Mark, der nach Düsseldorf bestimmt war. Der Empfänger dort wunderte sich nicht wenig, als er in dem Umschlag, an dem nichts Verdächtiges zu sehen war, statt der 375 Mark nur 25 Mark fand. Er schickte die Sendung nach Berlin zurück und setzte zugleich die Postbehörde in Kenntnis. Auch in Berlin ermittelte man zunächst nichts an dem Briefe. Erst als man bei genauerer Untersuchung auch die Marke ablöste, fand man, was geschehen war. Ein Dieb hatte schon vorher die Marke abgeklippt, an der Stelle, wo sie aufgeklebt gewesen war, einen haarfeinen Schnitt gemacht und durch diese Öffnung die Geldscheine herausgeholt. Dann hatte er die Marke wieder aufgeklebt. Jetzt wußte man aber immer noch nicht, wer er war. Die Ermittlungen lenkten endlich den Verdacht auf den Bureauboten. Der hatte bisher zwar immer alles pünktlich und redlich besorgt. Jetzt wurde aber festgestellt, daß er gern den „großen Mann“ spielte und es namentlich lichte, durch seine Kleidung Eindruck auf junge Mädchen zu machen. Zur Rede gestellt, räumte er dann auch den Diebstahl ein. Mit einem Rasiermesser hatte er den Einschnitt gemacht und das Geld mit einer Pinzette aus dem Umschlag herausgeholt. Wie er sagt, hatte er sich auf diesem Wege die Mittel für neue Kleidung verschafft.

Hauswirtsliche Drohungen.

Es ist kaum anzunehmen, daß Schillers schmerzlicher Ausruf: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, auf unerquickliche Wohnverhältnisse zurückzuführen ist. Tatsache aber ist, daß wohl kaum eines der geflügelten Dichtersprüche soviel Gegenwartswert besitzt, wie gerade dieses. Wann war eigentlich die Zeit, da Sitte häuslichen Wohlbehagens wie „Mein Heim ist meine Welt“ oder „Eigener Herd ist Goldes wert“ in die Welt gesetzt wurden und in Form von brandgemalten Wandtrophäen und handgezeichneten Küchendecken die Wohnungen überschmückten? Ist es niemals so gewesen oder war es bloß eine wohlgeleitete Attacke auf kleinbürgerliche Sentiments zum Zwecke geschäftlicher Hochkonjunktur? Wie dem auch sei, das Wort vom glücklichen Heim ist längst aus dem Sprachschatz unserer Zeit verschwunden. Gegen Schicksalsstöße ist natürlich kein Mensch gefeit, aber wenn ihm seine lieben Mitmenschen fortwährend Nachschläge versetzen, muß er da auch stillhalten? Seit die Hauswirte auf das Ende der Wohnungszwangswirtschaft warten, sind manche von ihnen außer Rand und Band geraten. Am liebsten läuberten sie ihr Haus auf der Stelle von all den „lästigen Invasoren“, denen sie ihrer Meinung nach die ganze Zeit über ihre Räume für ein Butterbrot überlassen hatten, um empfangsbereit die Schar der „Zahlungssträflicheren“ willkommen zu heißen. In offenen und versteckten Drohungen jagen sie ihren Mietern, daß ihre Tage im Hause gezählt seien, ganz Vorsichtige erneuern ablaufende Mietkontrafte

gar nicht mehr usw. Diese feindschaftlichen Ausströmungen zwischen Besitzenden und wirtschaftlich Schwachen sind von äußerst verderblicher Kraft. Sie jermühen und vergällen die Menschen in kleinstem Alltagsleben und der mehr als tragische Kampf ums Dach über dem Kopfe raubt ihnen das letzte bishigen Zuversicht. My home is my castle (mein Heim ist meine Welt) sagt der Engländer. In Deutschland kann davon keine Rede sein.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Gr.-Berlin Sonntag, 15. Mai 1927:

Kinderfreunde-Maitag

auf der großen Spielwiese im Volkspark Neukölln, Tempelhofer Feld. Beginn um 11 Uhr vormittags. — Gesang, Spiel und Tanz. Antrager: Kurt Löwenstein. Gemeinsames Mittagessen (Brot für 20 Pfg. erhältlich bei den Helfern). Treffpunkte der Kreise werden noch bekanntgegeben.

An die falsche Adresse!

Zirkus Busch will den Polizeipräsidenten verklagen.

Der Zirkus Busch hat gegen den Berliner Polizeipräsidenten eine Schadenersatzklage angestrengt, weil ihm durch die am Stahlhelmsplatz vorgenommenen Absperrungen des Gebietes um den Lustgarten herum, in dessen unmittelbarer Nähe der Zirkus liegt, ein Schaden erwachsen sei, der sich auf etwa 10 000 Mark belaufe.

In einem längeren Schreiben, das im Laufe des gestrigen Tages dem Polizeipräsidenten zugefickt worden ist, legt der Syndikus des Zirkus Busch, Dr. Weistam, die Gründe dar, die seinen Klagenantrag zur Erhebung der Schadenersatzklage bewogen haben. Die Direktion hatte in Anbetracht des Stahlhelmaufmarsches den Beginn der Nachmittagsvorstellung von 3 auf 5 Uhr verlegt. Durch die Absperrungsmaßnahmen der Polizei, die nach der Ansicht der Direktion des Zirkus Busch weit über das erforderliche Maß hinausgegangen sein sollen, ist es dem Publikum unmöglich gemacht worden, den Zirkus zu besuchen. Sogar solche Besucher, die bereits gelöste Eintrittskarten in Händen hatten, konnten nur auf Umwegen den Zirkus erreichen. Bieten wurde der Besuch überhaupt unmöglich gemacht. Die Direktion stützt sich darauf, daß nur befugte Personen in den Zirkusgarten als solcher abgesperrt werden sollte, nicht aber, daß im großen Umkreise des Zirkus die Besucher, trotzdem sie ihre Absicht den Polizeibeamten erklären, am Weitergehen verhindert wurden. Der Rufausfall wird mit etwa 10 000 M. angegeben. Den Durchschnittseinnahmen von 6000 M. am Nachmittag stand eine Einnahme von 865 M. gegenüber. Die Kasseinnahme für die Abendvorstellung betrug etwa 1200 M. gegenüber einer Durchschnittseinnahme von etwa 8000 bis 9000 M. Für diesen Ausfall soll der Polizeipräsident von der Zirkusdirektion verantwortlich gemacht werden. Soweit der Tatbestand.

Sollte der Direktion des Zirkus Busch unbekannt sein, daß der völlig überflüssige Stahlhelmaufmarsch durch eine verfehlte Organisation weit über die Zeit der getroffenen Vereinbarungen — es sollten unseres Wissens zwischen 4 und 5 Uhr die letzten Stahlhelmer den Lustgarten verlassen — ausgedehnt wurde? Richtiger wäre es wohl gewesen, die Schadenersatzansprüche nicht beim Berliner Polizeipräsidenten, sondern von dem Stahlhelm zu erheben. Auf den Ausgang dieses Rechtsstreites darf man wohl mit Recht gespannt sein.

Die Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes.

Der Bundestag des Österreichisch-Deutschen Volksbundes findet in diesem Jahre unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe in Berlin am 12. und 13. d. M. statt. Als Auftakt zu den Veranstaltungen wird Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Hause des Reichswirtschaftsrats, Bellevuestraße 15, ein Festabend veranstaltet, bei dem Reichstagspräsident Löbe, Oberbürgermeister Böhm, Walter von Molo und der stellvertretende Vorsitzende des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Wien, Prof. Wih. Bauer, sprechen werden. Der Gesangverein österreichischer Eisenbahnbeamten wird bei diesem Abend u. a. eine Anschließhymne zum erstenmal in Berlin zum Vortrag bringen. Die Delegierten zum Bundestag, die aus dem Rheinland, Schlesien, Frankfurt a. M. usw. angemeldet sind, halten Freitag, den 13. d. M., vormittags, eine Delegiertenversammlung ab. Der Freitagvormittag ist den Fragen der Vorbereitung des Anschlusses an den Gebieten der Schule, der Wirtschaft und des Rechts gewidmet.

Ein Achtzigjähriger. Genosse August Raikes, Diederichsenstraße 6, begeht heute seinen 80. Geburtstag. Von Beruf Maurer, hat er 33 Jahre der Partei die Treue gehalten. Trotz seines arbeitsreichen Lebens hat er in seinem Alter oft mit materiellen Sorgen zu kämpfen. Wir wünschen dem alten Genossen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch viele Jahre in unserem Kreise zu verleben.

Sinfoniekonzert im Cunapark. Heute, Mittwoch, findet das erste Sinfonieconcert, ausgerichtet vom Berliner Sinfonie-Orchester (Bläser-Orchester), Dirigent: Clemens Schmalz, statt. Das Programm enthält u. a. das Weilerfinger-Portspiel, die Arlesianer-Suiten von Bizet, die 5. Sinfonie von Liszt, die 1. Sinfonie von Beethoven. Beginn des Konzertes 7 Uhr. Der Park ist in vollem Betrieb. Auch an diesem Tage ist die bereits beliebt gemordene Bezeichnung, daß von 4-7 Uhr nachmittags Kaffee und Kuchen im Eintrittsgeld eingeschlossen ist, in Kraft.

Die Wirbelsturmkatastrophe in Amerika. Über 150 Tote.

New York, 10. Mai. (W.B.) Die durch die Wirbelsturmkatastrophe im mittleren Westen und Südwesten der Vereinigten Staaten verursachten Verluste an Menschenleben und Material drohen durch ihre Schrecklichkeit die ernste Lage am unteren Mississippi noch in den Schatten zu stellen. Nach den einlaufenden Berichten erhöht sich die Zahl der Toten, die bisher über 150, und die der Verletzten, die bisher über 1000 betrug, fortgesetzt. Der Wirbelsturm war völlig unerwartet gekommen. Große Gebäude wurden wie Papier zerknittert und Bäume entwurzelt und in die Luft geschleudert. Furchtbare Szenen ereigneten sich in Poplar Bluff. Die Verletzten und Obdachlosen frohen durch die Trümmer unter Sturmluten von Regen. Eine Schule stürzte ein und begrub eine Anzahl von Kindern, von denen einige getötet und andere furchtbar verletzt wurden. Das Rote Kreuz trifft Vorkehrungen, um den Obdachlosen Nahrung und Wohnung zu bieten.

Der Küstensegelflug-Wettbewerb.

Roskitten, im Mai. (Eigener Bericht.) Zum vierten Male ist Roskitten der Schauplatz eines Segelflugwettbewerbes. Sowohl der Segelflieger- als auch der Jungfliegerwettbewerb weisen eine gute Beteiligung auf. Unsere namhaftesten Segelflieger sind hierher gekommen. Die getrennte Bewertung der Leistungen der alten Segelflieger und der Jungflieger hat sich schon früher gut bewährt und dürfte auch vorläufig weiterhin beibehalten werden. Bis her war es schon immer eine Selbstverständlichkeit, daß die ersten Tage der Wettbewerbe nichts Wesentliches erbrachten. Diesmal hat aber Roskitten gleich mit Weltrekordleistungen begonnen. Zweifelslos ein gutes Zeichen für den fliegerischen Geist, der hier herrscht. Der Volksschullehrer Ferdinand Schulz hat, wie wir bereits mitteilten, auf dem Hochdecker „Westpreußen“ mit einem ununterbrochenen motorlosen Flug von 14 Stunden 8 Minuten einen neuen Weltrekord aufgestellt. Ein bishigen Schotolade und ein paar Stullen war sein Proviant für diesen langen Flug, der ihm meisterhaft geglückt ist. Der Darmstädter Rehring konnte mit seinem Eindecker „Rargarete“ ebenfalls eine neue Welthöchsterleistung aufstellen, indem er mit Flugtag 5 Stunden 50 Minuten flog. Infolge schwachen Windes und Niederschlägen wird leider die Flugfähigkeit sehr beeinträchtigt, doch wie es einigermassen geeignet erscheint, entwickelt sich am Startplatz ein reger Betrieb. Neben Schulz und Rehring haben bereits Breitenbach, Espenlaub, Dittmar, Pau-benthat und Regel eine Reihe schöner Flüge ausgeführt. Die Mehrzahl der Flugzeuge sind von früher her bekannt. Auf einzelne von ihnen werden wir noch später zurückkommen. Recht interessant war ein Schwingenflieger von Benerewitz-Ponarth, der aber leider bei seinem ersten Flugerprobung völlig zu Bruch ging, wobei sein Führer Ausländer jedoch unversehrt blieb.

Vorläufig keine Brücke nach Rügen.

Auf dem Bahnhof Stralsund-Hafen und auf dem Bahnhof Altfähr ist eine Fährschiffanlage in Betrieb genommen worden, deren Hauptvorrichtung zum Unterschied gegen den früheren Handbetrieb elektrisch betrieben wird. Die alte Anlage wies auch die Mängel auf, daß die Hauptträger des Fährports ins Wasser tauchten und dadurch den zerfallenden Einflüssen des Seewassers ausgesetzt waren. Häufige Verbiegungen und Brüche bedingten laufend hohe Instandhaltungskosten, die jährlich über 20 000 M. betragen haben. Die neue Anlage ist so gestaltet, daß die Hauptträger aus dem Wasser herauskommen. In Verbindung mit dem Neubau der Anlage tauchte auch wieder das Projekt der Ueberbrückung des Stralsunders auf, die von der Stadt stark propagiert wurde. Die Reichsbahn hat den Plan jedoch wieder wegen der außerordentlich hohen Kosten zurückstellen müssen.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 10. Mai.

1. Rennen. 1. Marianne (Böhle), 2. Rom (K. Lohse), 3. Romadin (R. Schulz). Toto: 53:10. Platz: 20, 16, 21:10. Ferner liefen: Adamin, Kamischka, Reiter, Diocletian, Floriba, Estima, Goulgate, Söbaze.
2. Rennen. 1. Stahel (E. Tarras), 2. Badprinzessin (Barga), 3. Vardis (Ludwig). Toto: 97:10. Platz: 22, 12, 24:10. Ferner liefen: Schmalbach, Burgfink, Edd-Gay, Elea, Berlinne, Vagobe, Nordland, Briemerschelm, Dellapont.
3. Rennen. 1. Hartföhr (Sofbit), 2. Kolaneta (O. Schmidt), 3. Hochkapler (Quagenin). Toto: 49:10. Platz: 19, 27, 15:10. Ferner liefen: Willger, Saturn, Lauernichs, Lindwurm, Engadin, Calanona, Gerber, Victoria.
4. Rennen. 1. Lorrer (Dannes), 2. Baba (Barga), 3. Serapis (Graf). Toto: 14:10. Platz: 11, 18:10. Ferner liefen: Edeberich, Allenberg, Silberfage.
5. Rennen. 1. Bada (Böhle), 2. Verlieslicher (R. Zens), 3. Trojan (Barga). Toto: 33:10. Platz: 14, 20, 12:10. Ferner liefen: Sanltan, Begonia, Stammherr, Glo, Bring Rudolf, Balid.
6. Rennen. 1. Madama Bombadour (Barga), 2. Orgel (K. Lohse), 3. Graue Thorie (R. Schmidt). Toto: 24:10. Platz: 13, 15:10. Ferner liefen: Bantiale.
7. Rennen. 1. Nilon (Barga), 2. Cragiella (O. Schmidt), 3. Nobren-ghid (Eisen). Toto: 25:10. Platz: 14, 18, 22:10. Ferner liefen: Desterblingen, Bedette, Bagelors Quartier, Kubl, Sonechilde, Oelweil, Tarkin.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Weiter Abkühlung und zunehmende Bewölkung, aber noch trocken. Frische Südwinde. Stellenweise Bodeneis. — Für Deutschland: Wechselnd bewölkt, aber meist trocken und stellenweise Nachfröhe.

Waschen Sie so,

wie Wissenschaft u. Praxis
es als richtig erkannt haben:

Mit
**Dr. Thompson's
Seifenpulver**

wer anders wäscht,
macht es falsch.



Schmalzberg Heisterbrand

Kuhrbergbau im Unternehmerspiegel.

Das Jahr mit den goldenen Lettern. — Aber der soziale Druck beginnt schon wieder.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat seinen Geschäftsbericht für 1926 erstattet. Der Geist dieser Unternehmerorganisation ist im allgemeinen bekannt. Schon Namen befanden ihn. Winkhaus und Hugenberg sind Vorstehende. Winkhaus, ein erfahrener Bergmann, unbestritten, aber in sozialer Hinsicht personifizierter Geist des jetzigen Herrn Krabber, seines Amtsvorgängers beim Köln-Neuesener Bergwerksverein. Hugenberg, Verkünder der Wahrheit; wer daran zweifelt, nehme die Scherl-Presse zur Hand. Herr von Tirpitz ist Ehrenmitglied des Vereins neben Herrn Kirdorf. Welche Verdienste hat Herr von Tirpitz nun um den Bergbau? Aber Hugenberg und von Tirpitz, Apostel der Wahrheit, sie gehören zusammen. Glück auf!...

Leistungssteigerung anerkannt. — Aber Kampf um jeden Pfennig Lohn.

Im Jahre 1926 betrug die Steinkohlenförderung des Ruhrbergbaus 112 108 000 Tonnen oder 9 342 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt. In den letzten Monaten von 1926 wurde die arbeitsmäßige Gewinnung von 1913 (379 840 Tonnen) weit übertroffen. Im November war sie angestiegen auf 430 557 Tonnen. Diese hohe arbeitsmäßige Produktionsziffer wurde noch in keiner Zeit erreicht. Die niedrigste Förderung wurde im April, dem Monat vor Ausbruch des englischen Streiks, mit 7758 000 Tonnen und die höchste im Dezember mit 10 676 000 Tonnen erreicht. Zu dieser stürmischen Aufwärtsbewegung wird im Bericht ausgeführt: „Während die Förderung im Schlussmonat des Jahres bei 10,68 Millionen Tonnen um 2,29 Millionen Tonnen oder 27,33 Proz. größer war als im Januar, hat die Belegschaftszahl einen Zuwachs von 22 000 Mann und damit eine Steigerung von nur 5,76 Proz. erfahren. Dieses Verhältnis läßt die beträchtliche Steigerung der Leistung erkennen.“

Sehr richtig! Der Förderanteil auf ein bergmännisches Belegschaftsmitglied ist von 943 Kilogramm in 1913 bei einer Arbeitszeit von 8½ Stunden auf 1140 Kilogramm im Dezember 1926 bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden gestiegen. — Ueber 1925 sagt der Bericht, daß 4 063 586 Schichten infolge Abwalmangels geleistet werden mußten. Dadurch wurde die Produktion um 4 023 897 Tonnen vermindert. Auch im ersten Halbjahr 1926 wurden noch 2 586 575 Feiertage eingelegt. Der dadurch erwirkte Produktionsausfall betrug 2 943 538 Tonnen. Die Verminderung der beschäftigten Arbeiter und die vielen Feiertage bis zum Beginn des englischen Streiks lassen keinen Zweifel darüber, daß sich der Ruhrbergbau in einer kritischen Abwärtsbewegung befindet. Im zweiten Halbjahr 1926 wurde die Krise überwunden, die Belegschaft vermehrt und sehr viel Ueberstunden zur Erhöhung der Förderung verwendet. Das Geschäft wurde sehr günstig, aber jede materielle Verbesserung der Arbeiter mußte erkämpft werden.

Der Kohlenpreis. — Wie groß sind die Erlöse?

Als Leitpreis ist der Preis für Feisfördertohle zu betrachten. Von ihm aus werden die Preise für die übrigen Sorten errechnet. Er betrug im Jahre 1913 rund 12 M. und beträgt gegenwärtig 14,87 M., steht also 23,92 Proz. über den Preis des letzten vollen Vorkriegsjahres. Ohne öffentliche Bewirtschaftung der Kohle würde der Preis höher sein und besonders während des englischen Streiks einen starken Aufschlag genommen haben. Der Bericht bemerkt, daß die Lebenshaltungskosten nach dem Jahresdurchschnitt des Reichsindex 41,2 Proz. über denen der Vorkriegszeit liegen und so stelle sich nach der verringerten Kaufkraft der heutige Kohlenpreis auf nur 87,75 Proz. des Vorkriegspreises. Das ist rechnerisch richtig, aber es fehlt der Einblick in die tatsächlichen Erlöse. Hierzu ist erforderlich, den Durchschnittserlös aller Sorten je Abfahrtonne zu wissen. Dieser wird verschwiegen. Daß der Leitpreis nicht mehr gestiegen ist, ist wieder neben der geistlichen Kontrolle dem gesteigerten Förderanteil je Arbeiter zu danken.

Lohnerhöhungen durch Mehrleistungen übertroffen.

Der Förderanteil je Arbeiter und Schicht betrug 1114 Kilogramm. Davon kamen 8,47 Proz. auf den Zechen selbstverbrauch. Der Arbeitslohn hat einschließlich Urlaubvergütung 7,79 M. betragen. Nach Abzug des Zechen selbstverbrauchs ergibt sich, daß eine Tonne Ruhrförderung mit 7,64 M. Lohnkosten belastet ist. Es wird dem weiter berichtet, daß für Sozialversicherung 1,04 M. und für Beamtengehälter 0,92 M. pro Tonne Ruhrförderung vorausgibt wurden. Die Arbeitskosten stellen sich sonach auf 7,64 + 1,04 + 0,92 = 9,60 M. Dieser Betrag ist hoch und der Bericht erlaubt keine Nachprüfung. Die sonstigen Kosten, Material- und Generalkosten, Abschreibungen und Steuern kann man bei dem gegenwärtigen Stand auf 5 M. veranschlagen. Die Gesamtkosten würden sich sonach auf 9,60 + 5 = 14,60 M. stellen. Der Feisfördertohlenpreis, sogenannter

Leitpreis, steht auf 14,87 M. Der Durchschnittserlös liegt aber über diesem Preis, nur wird er im Bericht verschwiegen. Es ist aber nicht übertrieben, wenn man annimmt, daß der Durchschnittserlös für alle Kohlenarten 10 Proz. über dem Feisfördertohlenpreis liegt und daher 16,35 M. beträgt. Es würde sich sonach ein Reingewinn von 1,75 M. pro Tonne Ruhrförderung ergeben. Seine Höhe bestreiten zu wollen ist nur möglich mit konkreten Zahlen, aber nicht mit Worten.

Zu den Arbeitskosten, die sich trotz eingetretener Lohnerhöhungen von 10,40 M. auf 9,60 M. je Tonne gesenkt haben, wird im Bericht wörtlich ausgeführt: „Die Steigerung des Schachtförderanteils war so groß, daß dadurch die im Laufe des Jahres eingetretene Lohnerhöhung mehr als ausgeglichen wurden.“ Bei jeder Lohnaufbesserung aber haben die Unternehmer geflagt, daß sie untragbar sei und nun wird in dem Unternehmerbericht offen zugestanden, daß die Arbeitsintensität so groß war, daß dadurch die im Laufe des Jahres eingetretene Lohnerhöhung mehr als ausgeglichen wurden“. Das wird festzuhalten sein für immer.

Mehr abgesetzt als gefördert.

Die Gesamtförderung des Ruhrbergbaus betrug 112 108 000 Tonnen. Die dem Spndikat angehörenden Zechen hatten eine Förderung von 111 171 345 Tonnen. Der Gesamtabsatz des Spndikats einschließlich Betriebsförderung betrug aber 115,51 Millionen Tonnen. Es wurden also 4,34 Millionen Tonnen mehr abgesetzt als gefördert. Diese Mengen würden den Beständen aus dem Vorjahr entnommen. Der auf die Verkaufsbeteiligung in Anrechnung kommende Abzug betrug 86 785 383 Tonnen, der Verbrauch in den angeschlossenen Werken (Verbrauchsabrechnung nach dem Spndikatvertrag) 20 784 307 Tonnen und der Zechen selbstverbrauch 7 949 110 Tonnen.

Unter Zuzurechnung von Roß- und Breitohle auf Steinkohle entwickelte sich folgendermaßen der

Auslandsabsatz nach Erdteilen:

	1925	1926
Europa einschl. Reparationskohle.	26 989 719 t	48 082 779 t
Afrika	885 744	1 071 228
Asien	48 855	128 869
Ozeanien	17 176	25 246
Amerika (Nord- und Süd)	484 254	1 044 357
Summa	27 820 278 t	45 847 474 t

Der Auslandsabsatz ist also im letzten Jahr 17,52 Millionen Tonnen höher als 1925. Im Jahre 1913 wurden von allen deutschen Bergwerksbezirken des alten Staatsgebietes 45,47 Millionen Tonnen Steinkohle (Roß- und Breitohle zuzurechnend) ausgeführt. Dies war die höchste je erreichte Ausfuhrziffer, auch bis 1926. Dann aber ist im letzten Jahre vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenspndikat allein erreicht worden.

Mit diesen Feststellungen, die dem Bericht des bergbaulichen Vereins entnommen werden konnten, ist die Kohlenkonjunktur Deutschlands in 1926 als außerordentlich gut charakterisiert. Daß die Gewinne ebenfalls gewaltig gewachsen sind, ist natorisch. Was aber aufgeholt und gewonnen wurde, ist den Belegschaften zu danken. Die Zechenherren scheinen den Kohlenbergbau aber auf alle Zeiten aus diesem einen Jahr mit den goldenen Lettern sanieren und die einmaligen Gewinne zu dauernden machen zu wollen. Sie spielen schon jetzt mit Preiserhöhungen und neuem Lohndruck und setzen Arbeiter auf die Straße. Im Interesse der Gesamtwirtschaft, die billige Kohlen und taustreife Arbeiter braucht, muß die Dessenlichkeit wachsam sein: die Opfer und die Mehrleistungen der Belegschaften dürfen durch die kurzfristige Politik der Zechenherren nicht wieder verschleudert werden.

Trotzdem Kohlenpreiserhöhung!

Trotz der glänzenden finanziellen Lage des Ruhrkohlenbergbaus beschloß gestern das Rheinisch-Westfälische Kohlenspndikat eine Erhöhung seiner Preise um 7½ Proz. ab 1. Juni für sämtliche Stelkohlenarten, mit Ausnahme von Roß- und Breitohle. Begründet wird dieser Beschluß mit den durch Lohnerhöhungen und die neuen Arbeitszeitbestimmungen eingetretenen neuen Belastungen.

Der Beschluß des Kohlenspndikats, der dem Absatz der Bergwerke nachteilig ist, erfolgt in einer Zeit, in der die Zechen bereits ihre Betriebe einschränken müssen, weil die Nachfrage zu gering ist. Die Begründung, die der Preiserhöhung gegeben wird, ist haltlos. Dagegen ist zu fordern, daß die übergeordneten Organe, der Reichskohlenrat und das Reichswirtschaftsministerium, der Preisfestsetzung ihre Zustimmung verweigern.

organisierten Arbeiterschaft, beteiligt. Von allen Unternehmungen wird eine günstige Entwicklung berichtet. Besonders nachdrücklich wurde von der Arbeiterbank die Finanzierung des österreichischen Exportes nach Rußland betrieben und es wird festgestellt, daß Rußland seinen Zahlungsverpflichtungen restlos auf das pünktlichste nachgekommen ist.

Der Bericht des österreichischen Bankinstituts schließt mit folgenden Worten: „Die Arbeiterbank hat in diesen vier Jahren bewiesen, daß sie ein nützliches und notwendiges Glied der Arbeiterbewegung ist. Sie hat sowohl im Interesse der Genossenschafts- wie auch der allgemeinen Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse, wie im Interesse der Gewerkschaftsbewegung erfolgreich operiert. Die Aufgabe, die wir noch vor uns haben, ist die restlose Zusammenfassung der von Arbeiterinstitutionen verwalteten Gelder und mit Hilfe dieser Mittel die Ausgestaltung des großen Genossenschaftswesens in Oesterreich. Die Arbeiterbank wird ihre bisherige Aufwärtsbewegung fortsetzen und sich durch ihre Tätigkeit immer mehr als ein nützliches Glied in die Gesamtbewegung unserer Klasse einreihen.“ Die deutsche Arbeiterschaft darf über diesen Gruß aus Oesterreich tiefe Genugtuung empfinden. Sie wird im Kampfe um die finanzielle Emanzipation der Arbeiterklasse nicht zurückbleiben.

Inventur im Handelsgewerbe.

Nach den Ergebnissen der Betriebszählung von 1925.

Das Statistische Reichsamts legt jetzt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die ersten Zählungsergebnisse auch für das deutsche Handelsgewerbe vor. Für Groß-, Einzel-, Hausier- und Straßenhandel, Geld- und Bankwesen, Verlags- und Verwaltungsbetriebe, Versicherungswesen und mehrere andere Einzelzweige wurden im Jahre 1925 insgesamt 114 800 000 Betriebe (die Betriebe, nicht die Unternehmungen sind gezählt) festgestellt, in denen 3 212 000 Personen beschäftigt waren. Davon waren 1 033 922 Einzelgeschäfte mit 2 331 501 Beschäftigten (90,1 bzw. 72,6 Proz. der Gesamtzahl), 28 649 Hauptniederlassungen (Ritterfirmen) mit 465 504 Beschäftigten (2,5 bzw. 14,5 Proz.) und 85 510 Zweigniederlassungen mit 415 305 Beschäftigten (7,4 bzw. 12,9 Proz.).

Im Vergleich mit dem gewerblichen Produktionsapparat macht die Betriebszahl des Handels- und Organisationsapparates etwa zwei Drittel und die Personenzahl über ein Viertel von Industrie und Handwerk aus. Auf den Einzelhandel entfällt weit mehr als die Hälfte aller Betriebe und fast die Hälfte aller im Handel beschäftigten Personen (673 322 Betriebe mit 1 532 942 Personen). Der Großhandel dagegen macht nur etwa ein Sechstel aller Betriebe aus und beschäftigt etwas mehr als den vierten Teil des gesamten Personals (174 242 Betriebe mit 831 784 Personen). Bemerkenswert stark ist der Hausier- und Straßenhandel, auf den 95 296 Betriebe mit 114 462 Personen entfallen.

Von besonderem Interesse ist naturgemäß der Vergleich der Ergebnisse von 1925 mit den Ziffern der letzten Betriebszählung von 1907. Die Ziffern von 1907 auf das jetzige Reichsgebiet zurückgeführt, ergibt im einzelnen folgende Entwicklung:

	1907		1925		1925	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Groß- u. Einzelhandel	582 068	1 642 097	851 107	2 397 799	+ 46,2	+ 46,0
Geld- u. Bankwesen	10 068	66 804	43 280	227 394	+ 330,3	+ 240,4
Vermittl., Vermögl., Reich- u. Gen. u. Straß.- u. Hausierhandel	65 631	201 602	134 496	314 258	+ 104,9	+ 55,9
Verwaltungsbetriebe	39 035	45 181	95 296	114 462	+ 144,1	+ 153,8
Versicherungswesen	22 466	66 161	10 246	96 703	- 9,9	+ 46,2
Zusammen:	719 268	2 021 845	1 144 425	3 150 615	+ 59,1	+ 55,8

Diese Statistik bestätigt die große Ausdehnung, die über das Handelsgewerbe bisher schon bekannt war. In sämtlichen Zweigen ohne Ausnahme liegt eine starke Vermehrung der Betriebe vor, die noch erheblich größer ist als die Vermehrung der in den Betrieben beschäftigten Personen. Die prozentual größte Ausdehnung hat das Geld- und Bankwesen erfahren, dessen Betriebszahl gegenüber 1907 um 330,3 Proz. und dessen Personal um 240,4 Proz. gewachsen ist. Die Entwicklung der privaten Depositenkassen nicht nur, sondern auch die Neugründung von Banken während der Inflation, die bisher kaum einen Abbau erfahren hat, kommen darin zum Ausdruck. Das Anwachsen der Personen im Hausier- und Straßenhandel auf mehr als das Zweieinhalbfache läßt erkennen, wie (wohl nach der Inflationszeit) immer mehr Existenzen auf dieses Mülhegebiet aller Gewerbe abgedrängt worden sind. Großhandel, Einzelhandel und Verlags-gewerbe zeigen im Verhältnis noch eine geringe prozentuale Vermehrung (rund 46 Proz.), wenn sie absolut genommen auch enorm ist. Nur das Versicherungswesen zeigt einen Rückgang der Betriebszahlen um 9,9 Proz. bei einer Steigerung des Personals um fast die Hälfte.

Natürlich ist dieser statistische Vergleich noch absolut unzureichend. Das Wichtigste, die Vergleichsmöglichkeit für die vielen Duzende einzelner Sparten wird noch nicht mitgeteilt. Darüber hinaus hat sich seit 1925, dem Zeitpunkt der Zählung, schon viel verändert. Die große Krise liegt dazwischen, die im Groß- und Einzelhandel ziemlich stark aufgedummt hat. Man wird also die weiteren Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts abwarten müssen, um über die Entwicklung des Handelsgewerbes mehr erkennen zu können.

Die Wiener Arbeiterbank.

Große Erfolge.

Wir haben kürzlich ausführlich über die günstige Entwicklung der deutschen „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte u. G.“, Berlin, berichtet. Jetzt meldet die gleichartige österreichische Bank, die Arbeiterbank u. G. in Wien, daß sie, obwohl Oesterreich in den vergangenen Jahren die furchtbarsten Finanzkrisen erlebt hat, mit bestem Erfolge auch das vierte Jahr ihres Bestehens abschließen konnte.

Staatskanzler a. D. Genosse Dr. Karl Renner schickt über die Stellung der Wiener Arbeiterbank in diesen schweren Jahren dem Bericht folgende Worte voraus, denen ein wertvolles Referat über die Gemeinwirtschaft im Kreditwesen folgt: „An die sieben Duzend zählen die Kreditinstitute, die in den letzten Jahren zusammengebrochen sind! Sieben Duzend Unternehmungen, die ihrer Natur nach auf dem höchsten wirtschaftlichen Vertrauen beruhen, die die Ersparnisse eines ganzen Volkes mit getrauten Händen zu verwalten übernommen und dieses Vertrauen getäuscht haben! Von der kleinen lokalen Gewerbetreiberkasse bis zu einer Großbank (Depositenbank), vom kleinen Sparverein bis zur Postsparkasse des Staates, vom jüngst gegründeten Tiroler Volksbank bis zum ersten Wiener Konsumverein (beide bürgerlich — d. Red.), der gewaltige Vermögensschaften durch 70 Jahre seines Bestandes gesammelt hat, sind unter den Einrichtungen, die von der Erschütterung betroffen worden sind, alle Größen und alle Typen vertreten — mit einer einzigen Ausnahme: Die von der Arbeiterbank verwalteten Genossenschaften und ihre zentrale Kreditanstalt, die Arbeiterbank, sind an dem Sturme unberührt geblieben.“

Ueber die Worte des Genossen Renner hinaus zeigen die Zahlen des Geschäftsberichtes, daß die Entwicklung der Arbeiterbank, obwohl schwerste Arbeitslosigkeit über Oesterreich lastet, weiter aufwärts geführt hat. Die Einlagen auf laufendes Konto sind von 21,23 auf 24,94 Millionen Schilling (1 Schilling = 60 Pf.) gestiegen. Die Spareinlagen wurden von 1,04 auf 1,71 Millionen erhöht, obwohl das Spareinlagengeschäft noch in den ersten Anfängen steht. Der Bestand an Wechseln ist gegenüber Ende 1925 von 1,1 auf 1,9 Millionen erhöht worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt nur günstige Ziffern. Da auch in Oesterreich im vergangenen Jahre die Zinssätze ganz bedeutend herabgesetzt wurden, ist auch die geringe Zinseinnahmesteigerung nur der erheblichen Vergrößerung der Umsätze zu danken. Diese Umsatzerhöhung muß umso größer sein, als die Zinsspanne darauf gerichtet war, im Gegensatz zu den übrigen Banken, die Zinsspanne zu verringern. Trotzdem konnte der Reingewinn von 1926 gegen das Vorjahr um rund 10 Proz. auf 209 000 Schilling erhöht werden, und nur zur Stärkung der inneren Reserven wird darauf verzichtet, wie im Vorjahr, 15 Proz. Dividende zu verteilen. Die Gewinnausschüttung an die Konsumentenorganisationen und Arbeiterverbände, die das Aktienkapital von 1 Million Mark in Händen haben, beträgt für 1926 zehn Prozent. Rund 68 000 Schilling gehen in den Reserfonds, für Bildungen- und Fürsorgezwecke aber werden 35 000 Schilling ausgenommen, die wiederum nur der Arbeiterbank zugute kommen. Die Arbeiterbank u. G., Wien, ist an der Staats-Warenhaus u. G., dem Staats-Kreditinstitut für öffentliche Angelegenheiten (Gewährung von Krediten an Festbesoldete), der Garantiegesellschaft für öffentliche Angestellte (Gewährung von Warenkrediten), der Aktiengesellschaft für Textilindustrie und den Vereinigten Leder- und Schuhfabriken, lauter Unternehmungen der

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser

Zu Haustrinkkuren
Nieren-, Magen-, Darmleiden usw.

bei Gicht, Rheumatisms, Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Kauf- u. Bezugsstellen: Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Verkaufsstelle der Staatlichen Fachingen am Potsdamer Platz, Berlin SW. 11, Schützenburger Str. 10a.

Erwähnen Sie die Beilage des Vorwärts

Erwähnen Sie die Beilage des Vorwärts

Erwähnen Sie die Beilage des Vorwärts

Elsie.

Von Harry Reuß-Löwenstein.

Der riesige Biermaschinendampfer zog schläfrig durch den abendlichen Atlantik. Das Bugwasser rauschte und verebbte leise im Rhythmus der wogig dünnenden See.

Ich hatte meinen Ausgucktörn angetreten, war die schmale Eisenleiter am Mast hinaufgestiegen, und machte es mir jetzt im Mastkorb bequem.

Im Sommerabend war es hier recht beschaulich. Aufzupassen gab es nicht viel; die uns entgegenkommenden Schiffe fuhren weit südlicher, nur selten kamen Feuer in Sicht. Aber dafür konnte ich von meiner Höhe das ganze Schiff übersehen, da gab's viel zu beobachten.

Hinteraus wiegte sich die gemaltige Masse der Decks und Aufbauten, umbrünsteten die Bullaugen der Salons und Kabinen den bühigen Schornstein, pendelten hoch in den Sternen die Mastspitzen im Gleichklang leise knarrenden Lauwerks, während die rote und die grüne Positionslaterne treu und unentwegt vorausblickten. Ab und zu, wenn eine Tür geöffnet wurde, fluteten einige Takte Streichmusik voraus.

Interessant war es auch auf dem Deck.

Beim Großmast drängten sich die Zwischendeck. Eine Handharmonika klagte astmatisch vom verlorenen Glück — zwischen einzelnen Sähen hielten die Bälge röhrend und quersiehend Luft. Dann gab's einen Tanz in wahnwitzigem Tempo, deutlich hörte ich die langschäftigen Stiefel der Paladmädels stampfen und sehe ihre hellen Kopftücher herausschimmern. Krakowial — „Polenta“, sagte Karl Kornehl immer, wenn er mit seiner Katinka tanzen wollte, das schien ihm einfacher und bezeichnender.

„Sim, bim, bim!“ drei Glas, heiß klingt das kleine Glöckchen vom Ruderhaus. Drei Schläge Antwort wuchelt meine große Glöde. Ein Blick rundum — Positionslampen brennen, kein Feuer in Sicht — alles in Ordnung!

„M... Les wohl!“ finge ich mit meiner schönsten Stimme. Der Ruf schwebt langsam über das aufhorrende Schiff, über Brücke und Bootsdeck bis dort hinten zum Heck, wo er wie ein langer Wimpel eine Welle von den segelnden Röhren umspielt wird und dann langsam im Rietwasser versinkt — verklingt.

„M, M!“ nüstelt die Brücke.

Unten wird's stiller. Vorn auf der Back hocken noch einzelne Pärchen. Wenn der Mond ein bißchen günstiger ist, kann ich sie von hier oben sein blicksehen. Sie fühlen sich vor dem Anterspill wohl geborgen, an „den Herrn da oben“ denken sie nicht. Wenn dann eine Peltariotoffel an Deck quackst, fahren sie erschrocken auseinander. Ich habe zu diesem Zweck immer Munition in der Tasche. Reid? — nein! Aber ich kann Sittenlosigkeit bei anderen nun mal nicht leiden, und mit zwanzig Jahren sitzt man selber gern an der Krippe.

Ein leichter Stoß geht durch den stählernen Mast.

Was ist denn nun los? Im Zittern des Korbes spüre ich, daß jemand die Leiter heraufkommt.

Ablösung? Nein, es war doch eben erst drei Glas.

Ob ich ein Feuer übersehen habe? Suche den Horizont ab.

Nichts!

„Hallo.“ Eine helle Stimme, ein Kopf lugt über den Rand, ein schraaler Körper kommt höher.

„Help me!“ Eine kleine Hand streckt sich mir entgegen.

Dunnerschlag, das ist ja ein Rädel! Diese Pankeeweiber sind doch zu allem kapabel, na, wenn das man gut geht!

Wenn sie das von der Brücke gesehen haben, gibt's einen reingebaumelt — 77 Faden lang.

Helfen Sie mir!“ piepst es jetzt ängstlich, ein schlantes Bein hebt sich über den Rand, eine Vackspitze funkelt, was Weißes schimmert und raschelt.

Herrgott, wenn das Kröt bloß nicht runterfällt, zuckt es mir glühend durchs Hirn, ich springe zu. Ein schwächlicher Körper schmiegt sich zutraulich an mich, seidiges Haar kitzelt wie ein Spinnweben, ein feiner Duft berauscht mich einen Moment, doch der Rohn mit allen Lichtern und Hühn und Pardühn sich plötzlich dreht wie ein Karussell. „Thank you!“ seufzt sie jetzt erleichtert, auf schmalem Raum neben mir stehend; die Kletterpartie war doch wohl ein bißchen schwierig gewesen.

Blüchleifrig spähe ich voraus, markiere Ausguck, daneben pliere ich ein bißchen seitwärts. Sicher eine ganz Feine aus der Kajüte!

„Duh! Sie haben hier sehr nett.“ sagt sie in dem drolligen Deutsch der Amerikanerinnen, das „r“ rollt sie ganz oben am Gaumen.

Ich grunze, mustere heimlich meinen Gast. Viel lößt die Dunkelheit ja nicht erkennen, schmales Gesicht, große Augen. Kurze Kleider trägt sie, aber das sagt nichts, in Boston und New York taufen sich die ältesten Schrauben wie ein Backfisch.

Sie fragt tausendertel und plappert unauffällig von Pa und der Miß und schließlich von Baby — ihrer Puppe. Und dann wackte ich's — sie war zwölf Jahre alt und hieß Elsie; mich nannte sie schlantweg beim Vornamen, nachdem sie ihn erfahren.

Meine leise Enttäuschung über dies etwas harmlose Abenteuer derflog schnell; der reizende kleine Kerl mit dem drolligen Ernst und altklugen Erzählen machte mir viel Spaß.

Dann kam mit vier Gläser die Ablösung. Nacht ein dämliches Gesicht, wie er zwei im Nest fand.

Das Heruntersteigen war schwieriger, aber da machte ich nicht lange Umstände und trug sie auf der Schulter an Deck.

Eine kleine feste Hand preschte die meine: „Gute Nacht! Wir sehen uns morgen.“ Sie hüpfte nach achtern.

Ich trock in die Koje. Meine Liebste — hinter Tughaven oder Sandy Hook hatte jeder Janmaat seine feste Braut für die Reise — blieb heute abend allein.

Wundervolle Zeit kam nun für mich. Die See war in diesen Sommertagen tiefblauer Friede. Schneeweiß schwebten Röhren um Masten und Heck. Behäbig schob unser dicker Dampfer durch die sanft wogende Dünung. Von allen Seiten gelapperten die Tannäcker und Schweinsfische heran, als hätten sie auf uns gewartet, sehten wie auf Kommando in schön ausgerichteter Kolonne zu zeh und zwölf über eine Welle, daß ihre nasse Geschmeidigkeit sekundenslang in der Sonne blühte, jagten eine Zeit mit tollen Sprüngen und Kapriolen mit uns um die Wette und gaben es dann auf. Rings unendliche Ferne, an der Kimmung geheimnisvolle Rauchföhndchen, zart hingehaucht wie Pastell. Die Abende festlich mit Tanz und Flirt, mit Tuscheln und Klichern und süßem Vertlingen in Nacht und Stille.

In meiner Freiwache hochte ich mit Elsie auf der Luke und wir erzählten uns.

Sie war ein allerliebster kleiner Frag. Ras ganz kindlich und einfach, dann wieder dorb und wieder wie ein alter Mann, oder auch ganz Dame, Amerikanerin; das konnte sie am besten, Baby

Weltwirtschaftskonferenz.



Dubois (Schweiz): „Meine Herren, das Haus brennt schon!“

Die andern: „Stören Sie uns nicht! Wir arbeiten gerade eine neue Bekleidungsordnung für die diplomatische Feuerwehr aus.“

leistete uns immer Gesellschaft. Meine Reisebraut mußte ich kaltstellen, Elsie nahm unseren Flirt höflich ernst und war eifersüchtig wie ein Fagotier auf die Kage.

Ich hatte sie erst ganz als Kind behandelt und tanzte abends ganz vergnügt auf dem Borddeck mit allen Mädels. Da kam die Kleine, schaute eine Welle zu und verschwand. Am nächsten Tag machte sie mir eine richtige Szene. Nachdem sie Baby ganz grundlos verprügelt und heftig in eine Ecke gestaut hatte, kam ich dran.

„Harrg, wenn du mit andere Mädchens gehst, siehst du mich niemals wieder!“

Schrumm! Da hatt' ich's. Was war zu tun?

Das kleine Luder hatte sich so fanatisch in ihre Vorstellung hineingelegt, daß sie mich mit in ihren Gedankenkreis zwang. Ich ließ es mir gern gefallen. Dabei was sie unschuldig wie eine Blume, harmlos, wie Kinder selten sind.

Leiste sie anfänglich nur nach, was sie bei den Erwachsenen beobachtet hatte, so war ihr kleines einsames Herz, das zwischen Pa und der Miß darben mußte, doch bald ganz vom Freund erfüllt. Ihre Mutter war lange tot, und heute weiß ich, daß auch sie nicht voll ausreifen durfte, ihr durchsichtiges, schmales Gesicht mit den unmöglich großen braunen Augen sagt es mir heute: in ihr brannte unbewußt der Lebenshunger einer Schwindluchtigen.

Damals war ich ein tapftrer junger Hund, ahnungslos von dergleichen. Wir hatten Pläne; wenn ich erst Chieffmate war, konnten wir heiraten, Baby sollte auch mit auf der Hochzeit sein und ein wundervolles Kleid bekommen.

Und einmal gab sie mir einen Kuß. Das war am Abend, ehe wir New York erreichten. Sie wollte mir nach Hamburg eine sichere Adresse senden, wohin ich ihr schreiben sollte, denn Pa wollte von der Geschichte mit dem Wairofen nichts wissen.

Wir gelobten uns Treue zum Abschied, sie blieb tapfer ohne zu heulen, während meine rauhe Männlichkeit bedeutlich ins Schwimmen kam.

Und zuletzt der Kuß.

Rührt und fein wie ein fallendes Blütenblatt. So küßt nur ein Kind, wenn auch mit zuckenden Lippen. Die Erinnerung daran hat mich vor dem Versinken bewahrt, wenn ich später oft durch Sumpf und Tiefen mußte.

Und dann kam Land in Sicht.

Das tiefe Blau des Meeres wurde heller und spielte ins Grünliche, am Horizonte erschien ein schmaler Streif mit daraufstehenden Schachfiguren — die Wolkenträger. Das Wasser wurde gelblichgrün, wir ließen Feuerzeuge, Bösen und Tonnen hinter uns, Schiffe begegneten uns, Trillerpfeifen, Flaggengruch — weg war er schon. Zu beiden Seiten kam das Land heran — der Hudson. Die Passagiere wimmelten in wahnwitziger Aufregung an Deck umher, stürzten von einer Seite zur anderen, überall gab's was zu sehen.

Der Dampf wurde zischend und knallend in die Decksröhren gelassen, vorn probierte der Zimmermann seine rumpelnde Untermaschine, mit Wohl und Ohe hielten die Matrosen armdicke Troffen längs Deck und freuten sich, wenn eines der ausgepugten Polenmädels darüber purzelte.

New York lag wie eine Jata Morgana aus dem Dunst. Brooklyn-Bridge schwingt sich herüber zu den Wolkenträgern, die zu Haus stehen wie groteske Gräbermale. Unwahrscheinlich wie Ausstellungsbauten, die aus Holz und Gips zusammengeschwindelt sind, so wirken sie. — New York, Dunstkreis von stinkendem Gelde, Zuchtbauserarbeit und Jahrmartsummel, Stars und stripes (Kaltunbegeisterung), garantierte Freiheit, die mit dem Hicoryknüppel vom Policeman vermobelt wird.

Betrieb, Betrieb, Betrieb!

Immer hurry hop now!

Um jede Straßenecke, Ichingbumbara ein deutscher Regelfuß, ein Leichengrub oder die Hellsarmee.

Die Passagiere in höchster Aufregung fragen, fragen, fragen, bis das Schiff endlich am Pier festliegt und wieder mit Musik die ganze Gesellschaft an Land geht.

Begrüßungen, Wiedersehen, Abschiednahmen. Ja, Abschied, der ist mir in meinem Leben nicht so nahe gegangen wie damals, als Klein-Elsie am Arm von Pa die Gangwan hinunterstiegt und mir noch einmal mit verheulten Augen zuminkte. Ich habe nie wieder etwas von ihr gehört.

Im Berliner Ghetto.

Von Salomon Dembiger.

Das Herz des sogenannten Ghettos ist die Grenadierstraße, trotzdem in der ganzen Umgegend, besonders in der Dragoner- und Kaiser-Wilhelm-Straße, ebenfalls Juden wohnen, fromme, verweltliche Ostjuden, die sich in sich ducken und nicht wagen, den Kopf zum Himmel zu erheben.

Aber in der Grenadierstraße befinden sich eine große Menge „Stieblech“ (Gebetstüchchen), Buchhandlungen, in deren Schaufenstern fast stets dieselben Buchtitel neben Gebetsbüchern und anderen Aufhängen zu sehen sind, und vielleicht dreißig köstliche Restaurants, in die man geht, um zu essen, zu beten, zu schwagen und jemand zu suchen. Hier fühlt man sich zu Hause, und es steht fest, daß in keiner Straße der großen Weltstadt soviel Gebet, geweint, geträumt und gelitten wird wie in dieser. Arm sind die Bewohner,

sie haben die Armut mitgebracht und erwarten ein Wunder von Gott, daß er sie von ihr erlöse.

Im Verlauf der letzten 15 Jahre hat sich diese Straße sehr verändert. Sie ist noch jüdischer und trümmiger geworden. Ihre früheren Bewohner sind zum Teil nach Polen zurückgekehrt oder nach dem Westen gezogen, sie handeln jetzt mit Metall oder Brillanten, und ihre einzige Sorge ist, man könnte ihnen nachfragen, sie hätten einst in der Grenadierstraße ein Restaurant oder eine Geflügelhandlung betrieben. Denn längst sind diese Leute ihrem früheren Heim untreu geworden, Renegaten wie einst die deutschen Juden, die in christlich-nationale und oblige Familien hineinheirateten und jeden Sonntag in der Gedächtniskirche schwer wegen ihrer Rassen zu leiden hatten.

Die „Stieblech“ in der Grenadierstraße sind der tiefste und stärkste Ausdruck der festen Zusammengehörigkeit der Berliner Ostjuden, der einzige Ort, wo man sich wirklich zu Hause fühlt und nahe bei Gott, der schließlich immer in der höchsten Not zu helfen bereit ist. Dreimal täglich trifft man sich hier zum Beten und Erzählen, und obwohl die Politik bei diesen Gesprächen keine kleine Rolle spielt, wissen doch die meisten nicht einmal, daß eine deutsch-polnische Partei vorhanden ist, die ihnen feindlich gesinnt ist und sie ausrotten möchte. Erzählt man einem davon, dann schaut er ungläubig drein, lächelt und fragt: „Ja, wenn es nun wahr wäre — warum?“ „Weil Sie Jude sind!“ „Das wissen wir ja. Aber warum?“ Schließlich weiß man sich nicht anders zu helfen, als indem man ihm Barmat und Kuisiker nennt. Da wundert er sich noch mehr, weil er nicht einmal diese Namen kennt... Ja, schrecklich unwissend ist er; er weiß nicht einmal, daß seine Feinde zum Glück den beschränktesten Teil des deutschen Volkes ausmachen.

Es wohnen auch hier irgendwo, im dritten oder vierten Stock, Wunderabbis, in kleinen, schmuckigen, verwahrlosten Stübchen. Weil die Treppen zu ihnen baulällig und gebrochen waren, bin ich mitten auf dem Weg umgekehrt und habe lieber den Abend in einer Gebetsstube zugebracht, wo man zur Abendmahlzeit (Schel-haschubos) sang, während man Barches mit Hering aß und Bier trank, alles in einer Stockfinsternis, in der die Wieder linsiger und herzlicher und wärmer klangen, als hätte niemand außer Gott zu. Ich erinnerte mich daran, daß ich 1914 mit dem deutschen „Bo“ Konrad Hämisch einer solchen Mahlzelt bewohnte; er hatte zuerst Angst vor der undurchdringlichen Finsternis, dem merkwürdigen Gebären und den eigenartigen Liedern, fragte aber nachher auf der Straße: „Gibt es wirklich heutzutage noch soviel Romantik?“

Diesmal landete ich schließlich in einer loseren Wirtschaft. Ich aß gehackte Leber mit Amiebeln und sah junge Leute Domino und Karten spielen. Schließlich landeten sich einige an einen besonders langen Tisch ab, es waren die jüngsten, bleichen Neugekommenen, die noch tief im Herzen die Sehnsucht tragen und den Aufenthalt in Berlin als eine Episode betrachten. Sie saßen still und verträumt; allmählich fingen sie an, erst zu träumen, dann zu singen, bis laut von ihren Lippen das Lied klang:

Die Mamma is gefahren
In Markt aren noch Rollen,
Hot sie mir gebracht
N Jüngale von Polen.
O, is dos a Jüngale,
N scheens un a feins,
Mit seine schwarze Herasch,
Käpale, du meins.

Die Mamma is gegangen
In Markt aren noch Kreit,
Hot sie mir gebracht,
N Jüngale von Boid,
O, is dos a Jüngale,
N scheens un a feins,
Mit seine weisse Zähndalech,
Käpale, du meins.

Chob gefessen Mandelen,
Ch hob getrunken Wein,
Ch lieb ofoi dos Jüngale,
Ch ten ohn ihm nit sein.
O, is dos a Jüngale,
N scheens un a feins,
Mit seine schwarze Digelech,
Käpale, du meins.

Kurze Zeit später ging ich in der Rängstraße im hellen Dichte der Straßenlampen und Schaufenster. Zwei betrunkene Teutonen kamen mir entgegen, johlten: „August, wo sind denn deine Haare“ und rempelten jeden Vorbeigehenden an. Ich dachte: Zwei Weiten — die sich nie verstehen werden. Welche die wertvollere ist, bin ich nicht objektiv genug zu entscheiden.

Wie die Spargelblüte Insekten anlockt. Eine interessante Anpassungserscheinung an die Bestäubung durch Insekten zeigen uns die Blüten der Spargelblanze. Sie besitzt nämlich Blüten von zweierlei Größe. Die eine Art, und zwar die den Pollenstaub tragende, ist größer, zeigt eine auffallende orange-gelbe Farbe — also eine charakteristische Farbe zur Anlockung von Insekten — und hat eine weite Eingangsöffnung. Die andere, die Narbe tragende Art, ist kleiner, unscheinbar hellrot und besitzt einen engeren Eingang. Natürlich sucht das Insekt, das die Spargelblanze bestäubt, nun immer zuerst die gefärbte Blüte auf und gelangt erst, wenn es die gelben Blüten belucht hat, aber jetzt mit Blütenstaub beladen, zu kleineren grünen Blüte, in der die Narbe liegt, die nunmehr auf diese Weise sicher befruchtet wird.

